

Dresdner Volkszeitung

Hausvertrieb: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1265.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hausvertrieb:
Gebr. Kuhnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Litke

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 5,000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5,000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 17,000.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Komparatzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die gespaltene Werbeanzeige 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Prop. Rabatt. Für Kleinverträge 150 M.

Nr. 95

Dresden, Dienstag den 24. April 1923

34. Jahrg.

Die Pflicht der Regierung

Übermalige Mahnung durch die Sozialdemokratie

Berlin, 24. April. (S. T. B.) Vor den Berliner Funktionären der Sozialdemokratischen Partei sprach gestern Reichstagsabgeordneter Hermann Müller über die politische Lage. Er sagte, es gebe keinen Grund, die Aufstellung eines Zahlungsplanes hinauszuzögern, der 30 Milliarden als Endsumme nennt. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, einen Plan aufzustellen, der Garantien enthält, und der geradezu propagandistisch wirken müsse. Die Sozialdemokraten seien bereit, die Regierung Cuno zu führen, wenn sie das Notwendige tue. Sie seien aber auch bereit, die Konsequenzen zu ziehen, wenn sie sich weigere, das Notwendige zu tun. — Über die Frage der Sicherung gegen Kriegsgefahr erklärte Hermann Müller, ein Pakt der an der Rheinischfront beteiligten Staaten könnte die Westgrenze garantieren, und die Vereinigten Staaten von Amerika könnten aufgefordert werden, diesem Pakt beizutreten. Die deutsche Regierung müsse sich verpflichten, über ein Menschenalter hinaus, z. B. auf 99 Jahre, keinen Krieg an irgendeiner Macht zu erklären. In allen diesen Punkten seien die Sozialdemokraten mit den Sozialisten der alliierten Länder ganz einig.

Weitschichtige Vorverhandlungen

Die Reichsregierung hat angekündigt, dass sie die Rede des englischen Außenministers als politische Lausrede betrachte und jetzt darüber beraten wolle, welche Folgerungen daraus zu ziehen seien. Das muß als Zugeständnis betrachtet werden, daß jetzt ein amtlicher Schritt an die Mächte erfolgen werde. Der S. P. D. Dienst meldet darüber:

Die Reichsregierung wird der offiziellen Aufforderung des englischen Außenministers, ein Angebot zu machen, entsprechen. Gegenwärtig werden die ersten Vorbereitungen hierauf getroffen. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß ein offizielles schriftliches Angebot schon im Verlaufe dieser Woche an die Reparations-

Kommission übermittelt wird. Nicht ausgeschlossen ist, daß auch die kommende Woche noch zu Erörterungen benutzt wird.

Die Regierung läßt sich also bequemer Zeit und will wochenlang darüber Erörterungen anstellen. Das zeigt, daß sie sich über den Inhalt eines sachlichen Vorschlages nicht klar ist, sondern einfach die Dinge an sich herankommen ließ. Derweilen geht die Zeit mit Vorbereitungen verbracht wird, werden die Dinge im Westen immer schwieriger, zugleich aber die Verständigung der Franzosen mit den Engländern immer fester, so daß die deutsche Regierung noch ärger ins Hintertreffen kommt. Eine weitere Meldung besagt:

Berlin, 24. April. Die von der Presse angekündigte Sitzung des Reichskabinetts, die sich mit der durch die Rede Lord Curzons geschaffenen Lage beschäftigen sollte, hat noch nicht stattgefunden. Die Rede wurde am gestrigen Tage nur in Resorbisprechungen ausführlich behandelt. Ein Scharfblatt will wissen, daß die Reichsregierung die Rede des englischen Ministers des Äußeren in der Form kommentieren wird, daß sie an sämtliche Signatarmächte des Versailler Vertrages eine Note schicken werde, in der sie den Standpunkt zur Reparationsfrage präzisiert.

Der „Standpunkt zur Reparationsfrage“ zu „präzisieren“, läßt auf sehr unbestimmte Absichten schließen. Es kommt jetzt auf einen festen Vorschlag zur Lösung an, der nicht alle Einzelheiten in genauer Umgrenzung enthalten braucht, der aber eine Endsumme erkennen läßt und besonders über die Zahlungsart, Zahlungsform und vor allem über die Sachleistungen ganz bestimmte, greifbare Angaben macht. Zugleich müssen Garantien gegeben werden, daß die Regierung auch die Befolgenden, die Industrie und die Finanzverwaltung und wirklich zur Tragung der Reparationslasten zwingen wird. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben diese Forderungen nachdrücklich erhoben. Wenn die Cuno-Regierung jetzt nicht handelt, so müssen die Arbeiterorganisationen über die Konsequenzen beraten, die sich für sie daraus ergeben.

Bayerischer Bickzackkurs

Reichswehr und Rechtsbolschewisten

Von unserem Münchner Korrespondenten wird uns geschrieben:

Es wäre verfehlt, aus den in der letzten Zeit zutage getretenen Verfehlungen innerhalb der reaktionären Einheitsfront Bayerns den Schluss zu ziehen, daß sich nun so etwas wie eine Reinigung der politischen Atmosphäre oder eine Umkehr von dem bisher beschrittenen Wege vollziehen würde. Auch die Erklärung der Regierung, dem Vollzug der Gastbefehle gegen die Schriftleiter des Hitlerorgans und des Wiesbacher Anzeigers willfahren zu wollen, bietet dafür keine Gewähr. Wird doch die gefehlt vorgeschriebene Verpflichtung der Behörden wesentlich abgeschwächt durch die Versicherung des Ministers des Innern, Dr. Schweger, über die unveränderte Gegnerhaft Bayerns gegen die Republikgesetzgebung. Außerdem: nach Tirol ist ein Ragenprung, und es gibt dort genug Gefinnungsfreunde, die „verfolgten Deutschen“ ein Asyl gewähren. Es wird sich daher keine Gelegenheit finden, das platonische Bekenntnis der Regierung auf eine Probe zu stellen. In den Fällen Ehrhardt, Wels, Bauer und ein Duzend andern hat sich nur zu deutlich erwiesen, wie sehr es die Justiz- und die Polizeiverwaltung verstehen, sich der vom Reiches steckbrieflich verfolgten Verbrecher nichts zu bemächtigen. Die Entweichung des französischen Spions Ribbert ist allein schon kennzeichnend für das systematische Nichtlebenwollen und Nichtwissenwollen politischer Rechtsverbrecher. Dr. Schweger, der den beneidenswerten Mut besitzt, die Verfehlungen der Behörden zu decken und zu entschuldigen, charakterisierte mitgebrungenenweise den Fall Ribbert im Landtage als einen „kriminalistischen Mißgriff“. Wenn sich solche „Mißgriffe“ kontinuierlich vollziehen und zu einem Berge häufen werden sie eben zu einem System und zu einem Skandal! Rohr-Wöhner haben es begründet — Aniling Schweger legen es fort. Kann es da wundernehmen, wenn die nationalsozialistischen Führer angesichts der Deutung ihres terroristischen Gebarens durch den Minister des Innern als „erklärliche Übertreibungen aus Vaterlandsliebe und Sinn für nationale Freiheit“ immer frecher auftreten?

Nach jeder der letzten Versammlungen Stillers zogen Stoßtruppteile vor die Wohnung A u e r s, riefen die rohesten und gemeinsten Beschimpfungen hinaus und leuchteten die Fenster durch Blendlaternen ab. Die Frage: Will die Polizei solchen groben Unfug nicht obstellen, oder magt sie es nicht? darf eher in letzterem denn in ersterem Sinne beantwortet werden. Die Landespolizei ist zum größten Teile nationalsozialistisch infiziert, und bei der Reichswehr mehrern sich die Anzeichen für die Ausbreitung dieser „nationalen“ Seuche. An der großen Parade in Freimann beteiligten sich nicht nur die Gilleriten, sondern auch die Vaterländischen Verbände, und man sah dabei auch Kasstraftruppen der Bundes-

polizei und aktive Offiziere der Reichswehr in Tätigkeit. Als solche werden genannt die Oberleutnants Gutmann und Höfmaier vom Pionierbataillon Nr. 7, Hauptmann Dietl vom Infanterieregiment Nr. 23, 1. Bat., und Hauptmann Römer vom Wehrkreiskommando München! In den Kasernen wird ganz ungeniert für die Beteiligung der Landespolizei und der Reichswehr an den Paraden und Feldübungen der Rechtsunfützler agitiert, ja selbst im Landesversicherungsamt werden Befehle für die Kompanien — sie heißen jetzt „Scharen“ — angehängt. Angesichts dieser Zustände ist zu erwarten, daß Herr Schweger sich demnächst im Landtage darauf hinausredet: wenn die Leitung der Reichswehr nichts gegen die Beteiligung von Offizieren an den „Paraden“ der Terroristen auszuweisen hat, warum sollte die bayerische Regierung gegen die Landespolizei rigoros auftreten als das Reich gegen die Reichswehr?

Da die bayerische Regierung weder den Willen noch die Macht besitzt, der Hydra des Umsturzes sämtliche Köpfe abzuschlagen, so muß sie eben zwischen der Spalla des Nationalsozialismus und der Charabdis der „Vaterländischen Verbände“ in einem grotesken Bickzack herumtun und dabei noch versuchen, den starken Mann zu spielen. Was ihr zwar nie gelingt, aber immer sehr komisch wirkt. So z. B. wenn ihr eine Abordnung der „Vaterländischen Verbände“ unter Drobungen & la Ciller das Ultimatum stellt, „ein für allemal jeden Vollzug von Gastbefehlen gegen Angehörige der nationalen Bewegung“ zu verweigern, und sie dabei — wie früher gegen Siller — nicht so viel Energie aufzubringen weiß, die hochansehnlichen Ordnungsbilder wegen Rötigung und Bedrohung dem Staatsanwalt zu überliefern.

In den Kreisen der Regierung und der Koalitionsparteien hofft man, mit dem bisher befolgten Bickzackkurs bis zu den Landtagswahlen im nächsten Jahre „fortwurzeln“ zu können. Ihre Taktik hat sich bisher parteipolitisch bewährt, und man hofft, auch bis nächstes Jahr den Volkswillen so weit dressieren zu können, daß er in der Bekämpfung des „Marxismus“, d. h. der allein überlebigen verfassungstreuen Sozialdemokratie, das wesentlichste Erfordernis einer „bayerischen“ Politik neben der Bewahrung ihrer übrigen Rudimente vermoderter Anschauungen erblickt. Mit den sich ebenfalls für den Wahlkampf rüstenden aktivistisch-nationalsozialistischen Elementen eine Form der Verständigung zu finden, hält man für selbstverständlich. Durch diese Rechnung dürfte jedoch die bayerische Sozialdemokratie einen dicken Strich ziehen. Denn schließlich haben auch weite Kreise des Bürgertums ein Regierungssystem überlastet, das in drei Jahren seiner Tätigkeit nichts zeitigte als Unruhe und Verwirrung, Ohnmacht der Regierung und politische Unfähigkeit der Koalitionsparteien.

Die Reaktion wird kühner

Von Kurt Bedel, M. d. L.

Der 30. Ausschuh des Reichstages hat seine reaktionäre Arbeit fortgesetzt. Die Lage wagt sich immer mehr zu § 2 des Reichsschulgesetzes zu Art. 146, Abs. 2, der Reichsverfassung soll jetzt lauten:

§ 2.

Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht auf religiös-sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam. Insbesondere hat sie die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volkskultur unterrichtlich und erzieherisch lebendig zu machen. Der Religionsunterricht wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt.

Bei Besetzung der Lehrerstellen an den Gemeinschaftsschulen ist auf das religiöse Bekenntnis (Weltanschauung) der die Schule besuchenden Kinder Rücksicht zu nehmen. Ist in einer Gemeinde nur eine Lehrstelle vorhanden, so muß der Lehrer der Konfession (Religion oder Weltanschauung) angehören, zu der sich die Mehrheit der die Schule besuchenden Kinder bekennt. Sind in einer Gemeinde zwei oder drei Lehrstellen vorhanden, so sollen die Lehrer aus jeder Konfession (Religion oder Weltanschauung) entnommen werden, zu der sich 40 oder mehr Kinder bekennen, die eine Volksschule der Gemeinde besuchen. Sind in einer Gemeinde mehr als 8 Lehrstellen vorhanden, sollen auch konfessionelle (religiöse) oder keinem Bekenntnis angehörende Kinderheiten mit mehr als 30 Schülern nach Möglichkeit einen Lehrer ihrer Konfession oder ihrer Weltanschauung erhalten.

Diese Fassung scheint auf den ersten Blick etwas milder zu sein als die frühere, die den Ausdruck „christliche Grundlage“ enthielt. In Wirklichkeit bedeutet aber die bloße Wortänderung keine Änderung der Sache. Durch den zweiten Satz, der zudem noch mit „insbesondere“ beginnt, wird eben doch wieder die christliche Grundlage gefordert. Die Religionsgesellschaften werden bestimmen, was sie unter den Werten der Volkskultur verstehen, die aus dem Christentum erwachsen sind.

Der Art. 146, Abs. 1, kommt auch durch den neuen Antrag nicht zu seinem Rechte. Die Gemeinschaftsschule wird ausgebaut entgegen der Verfassung, nicht nach Anlage und Neigung, sondern nach dem Religionsbekenntnis der Kinder. Die Besetzung der Lehrstellen mit Rücksicht auf das Bekenntnis widerspricht dem Art. 136 der Verfassung. Noch schlimmer kommt es in dem Antrage. § 4a des Reichsschulgesetzes soll folgende Sätze enthalten:

§ 4a.

In allen Volksschulen, mit Ausnahme der weltlichen Schule, ist Religionsunterricht ordentliches Lehrfach (Art. 149 der Reichsverfassung). Alle Schüler haben an ihm teilzunehmen, wenn sie nicht durch diejenigen abgemeldet worden sind, die über die religiöse Erziehung zu bestimmen haben.

In allen Schulen ist für Kinder, für die lehrplanmäßig Religionsunterricht ihres Bekenntnisses oder Unterweisung in sittlicher Lebensführung nicht erteilt wird, der entsprechende Unterricht einzurichten, sofern ihn die Erziehungsberechtigten von mindestens zwölf Schulkindern beauftragen. Wird diese Zahl nicht erreicht, so sind für die Erteilung privaten Religionsunterrichts oder privaten lebenskundlichen Unterrichts auf Verlangen Schulkäume nebst Heizung und Beleuchtung unentgeltlich bereitzustellen.

Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft und unter Beachtung des Aufsichtsrechtes des Staates erteilt. Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht werden von der zuständigen Landesbehörde im Einvernehmen mit der betreffenden Religionsgesellschaft festgesetzt; ebenso die Bestimmungen über die Prüfung der Religionslehrer. Die Staatsaufsicht erstreckt sich auf die Ueberwachung der äußeren Schulordnung, der Schulzeit, des Schulbesuchs und der Beachtung der allgemeinen pädagogisch-methodischen Grundsätze. Die oberste Landesbehörde trifft im Einvernehmen mit der betreffenden Religionsgesellschaft die Bestimmungen und Einrichtungen, durch welche die in Art. 149 Abs. 1 Satz 3 der Reichsverfassung vorgeschriebene Uebereinstimmung des Religionsunterrichts mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft gewährleistet wird. Die Religionsgesellschaften sind befugt, durch ihre berufenen Vertreter nach vorheriger Benachrichtigung der zuständigen staatlichen Schulaufsichtsbeamten sich darüber zu unterrichten, ob die Erteilung des Religionsunterrichts mit ihren Grundsätzen übereinstimmt. Diesen Vertretern der Religionsgesellschaften stehen gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, Dienstaufsichtsbefugnisse nicht zu.

Die Aufsicht des Staates soll sich also nur auf äußere Dinge erstrecken. Der Bezirksratsrat hat dafür zu sorgen, daß die Kinder regelmäßig den Religionsunterricht besuchen, recht brav dahinsitzen und daß die Lehrer sie gut vorbereiten. Der staatliche Schulaufsichtsbeamte wird zum „Rachtwächter“ der Kirche herabgewürdigt. Und damit die Kirche recht gefügige Werkzeuge ihres Willens bekommt, wird im § 3 gefordert:

Bei Besetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten (Kreis- und Bezirksratsräten) ist auf die Art der ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbereichs unterstellten Schulen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

Das bedeutet wieder einen groben Verstoß gegen § 136 der Reichsverfassung. Sollten die einzelnen Staaten auf dieses Gesetz eingehen, so würden sie in ihren Schulen ein Lehrfach dulden, dessen Unterricht sie inhaltlich nach dem Wortlaute des Gesetzes gar nicht selbst bestimmen

und kontrollieren dürfen. Wobin das führen kann, sei an einem Beispiel dargestellt. Während der Osterferien fand in Dresden eine Versammlung „gläubiger Junglehrer“ statt. Auf dieser Tagung ist über das Verhältnis eines „gläubigen Lehrers“ zu Schulgelehrten und zu ministeriellen Verordnungen folgendes gesprochen worden: „Gehe die Welt mehr als den Menschen. Gode ich eine feste Ueberzeugung, so breche ich eben eine Verordnung, bin aber nicht so töricht und zeige mich selbst an, sondern warte, bis die Behörde mich ablegt.“ Wenn im Religionsunterrichte „gläubige“ Lehrer und „gläubige“ Bezirksaufsichtsräte in solcher Weise zusammenwirken, wenn ein „ungläubiger“ Schultat womöglich noch dafür zu sorgen hat, daß die Kinder regelmäßig einen solchen „Ueberzeugten“ zuhause erwarten, dann bezahlt der Staat Gelder für die Erziehung seiner eigenen Gegner.

Auf dem Gebiete der Lehrerbildung, die laut Art. 143 der Reichsverfassung nach den Grundsätzen zu regeln ist, die für die höhere Bildung allgemein gelten, sollen nach dem § 3 der Kompromißur von den Ländern in ausreichendem Umfange Maßnahmen getroffen werden, um unbeschadet der Einheitlichkeit der Lehrerbildung den besonderen Erfordernissen der Volkshochschulen zu entsprechen. Das bedeutet eine besondere Art höherer Bildung und damit eine Verletzung der Verfassung.

Allen den Lehrern, die sich zur Erteilung des Religionsunterrichts bereit erklärt haben, wird über die wahren Absichten der Kirche folgender Satz die Augen öffnen: „Die Religionsgesellschaften sind befugt, durch ihre berufenen Vertreter nach vorheriger Benachrichtigung der zuständigen staatlichen Schulaufsichtsbeamten sich darüber zu unterrichten, ob die Erteilung des Religionsunterrichts mit ihren Grundsätzen übereinstimmt. Die Vertreter der Religionsgesellschaften stehen gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, Dienstaufsichtsbevollmächtigte nicht zu.“

Dienstaufsichtsbevollmächtigte stehen der Kirche nicht zu? Man lese in § 3 den letzten Absatz.

Stellt die Schulaufsichtsbehörde auf Grund eigener Beobachtungen oder einer etwaigen Beschwerde der Erziehungsberechtigten oder der beteiligten Religionsgesellschaften fest, aus denen sich ergibt, daß der Lehrer einer Volkshochschule die Kinder nicht im Geiste des Bekenntnisses, für das die Schule bestimmt ist, unterrichtet, so hat die Schulaufsichtsbehörde für die Schule zu sorgen, erforderlichenfalls durch Veretzung auf eine möglichst gleichartige Stelle einer anderen Schularart. Die letzte Entscheidung liegt bei der obersten Landesbehörde. Scheidet ein Lehrer an einer Volkshochschule aus dem Bekenntnis aus, für das die Schule bestimmt ist, so ist er auf eine möglichst gleichartige Stelle einer anderen Schularart zu versetzen.

Die Kirche kann sich bei der Verletzung unliebsamer, d. h. ungläubiger Lehrer sogar des staatlichen Apparates als ihres Mittels bedienen. Und damit die Verbindung des Lehrers möglichst schnell erfolgen kann, scheidet der § 3 den Religionsgesellschaften zu:

„In den deutschen Schulverwaltungen (Schuldeputationen, Schulstiftungen, Schulaufsichtsräten) haben Vertreter der Religionsgesellschaften, für die innerhalb der Gemeinden Bekenntnisschulen bestehen, Sitz und Stimme.“

Die Beschwerde kann demnach auf schnellstem Wege an die Behörde gelangen. Keine Verurteilung des „Schuldigen“ wird zugesprochen, die Beschwerde genügt.

Wenn dieses Gesetz nicht verhindert wird, dann ist die Knechtschaft der Volksschule auf Jahre hinaus besiegelt. Jeder Vater, jede Mutter muß einst hinterher vor die eignen Kinder und sich selbst verantworten. Heute kann niemand mehr die Schuld auf andere schieben. Regierung und Parlament in Sachen haben das Ihre getan. Alle derartigen Gesetze würden unterbleiben, wenn die Finsternisse im Reiche nicht mit der Trägheit und der Grundlosigkeit selbst aufklärter und radikalster Elemente der Arbeiterkassen gerade auf diesem Gebiete rechnen könnten. In die christlichen Gewerkschaften löst man Söhne und Töchter nicht eintreten, von ihnen spricht man als von den „gelben“ Verbänden. Dieselben Eltern finden häufiger nicht darin, daß sie ihre schulpflichtigen Kinder in die christliche, also in eine „gelbe“ Schule schicken. Mehr Logik, mehr Grundfalschheit: die freie Gewerkschaft und die freie Schule für den freien Arbeiter!

Die Lehrer, die bisher Religionsunterricht nach den Zwickauer Thesen erteilt haben, die vielfach auch Religionsunterricht übernommen haben, damit der Geistliche nicht wieder in die Schule komme, sind ihrer Gründe beraubt.

Der Geistliche kommt nach den vorliegenden Anträgen doch wieder in die Schule. Er kommt sogar als Inspektor.

Für den sächsischen Staat mit seiner sozialistischen Mehrheit wäre ein solches Reichsschulgesetz unerträglich. Unkontrollierbarer Religionsunterricht, erteilt von reaktionären Lehrpersonen, konfessionelle Schulaufsicht, konfessionelle Schulaufsichtsräte, „religiös“ beeinflusste Wissenschaft und Volkshochschulen, alles das kann und dürfen sich eine sozialistische Regierung, ein sozialistisches Parlament nicht gefallen lassen.

Eltern und Lehrer aber, die immer noch die Kirche nach ihrem „Schafsfleide“ beurteilen; die immer noch glauben: ein bißchen Religionsunterricht schadet nichts; die vielleicht in gutem Glauben die „religiösen“ Anlagen ihrer Kinder neben den übrigen Anlagen bilden wollen, sie seien in letzter Stunde gewarnt! Der Kirche genügt nicht ein „bißchen“ Religionsunterricht, genügt nicht die Bildung der „religiösen“ Anlagen allein, sie streckt ihre schwarze Hand nach der ganzen Schule, nach der ganzen Seele des Kindes aus.

Jedes vom Religionsunterricht nicht abgemeldete Kind stärkt daher die Position der Kirche.

Politisch unverständlich ist bei der Behandlung des Reichsschulgesetzes das Verhalten der Demokraten. Ein großer Teil der fortschrittlichen Lehrerschaft gehört heute noch der demokratischen Partei an. Die Demokraten des sächsischen Landtages haben in Uebereinstimmung mit der sächsischen Lehrerschaft durch den Abg. Dr. Seyfert am 31. Mai 1921 erklärt lassen, daß sie den damals erschienenen Entwurf der Regierung als verfassungswidrig betrachten. Dr. Seyfert hat wiederholt und eigenartig dringend in jener Sitzung den Minister Fleißner gefragt, ob die sächsische Regierung diesem „mittelalterlichen“ Entwurfe zugestimmt habe. Er schien zu verstimmen, die sächsische Regierung sei mitschuldig an dem Entwurfe. Nach diesem Auftreten der Demokraten konnte man erwarten, daß sie im Reichstagsauschuß gegen den Regierungsentwurf stimmen werden. Das Stimmverhältnis im 30. Ausschusse des Reichstages würde mit Einschluß der Demokraten 14 Stimmen der Linken gegen 14 Stimmen der Rechten betragen. Gäßen die Demokraten mit den Sozialdemokraten und Kommunisten gestimmt, dann wäre der Regierungsentwurf im Ausschusse mit Stimmengleichheit abgelehnt und würde sicher dann von der Regierung zurückgezogen worden sein. Statt dessen haben die Demokraten des Ausschusses (Rühl und Weiß) nicht nur das unterlassen, sondern eifrig an der Veredelung des Entwurfes mitgearbeitet. Die Demokraten tragen also die ganze Verantwortung für dieses „Scheitern“ aus der Volksschule. Selbst gegen einen Antrag, der für jedes Schuljahr, also auch für die allererste Schulzeit, besonderen Religionsunterricht fordert, haben sie sich bis jetzt nicht gewendet.

Der Unmut über die nicht zustande gekommene Koalition in Sachen (Rühl wurde bereits als Ministerkandidat genannt) darf politische Männer nicht dazu verleiten: unter keinen Umständen mehr mit Sozialisten und Kommunisten zu stimmen, selbst wenn es dabei an das Leben der freien Schule geht.

Die Gewerkschaften erwarten einen Vorschlag

Rundgebung aus dem altbesetzten Gebiet
Eigene Drahtmeldung
Kön., 23. April. Am Montag tagte eine Konferenz der Ortsauschüsse des A. D. G. V. der K. A. und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Nach einem Referat Graumanns und erläuternder Aussprache wurde nachstehende Entschlieung angenommen:

„Die Konferenz bekennt erneut den Willen, den Abwehrkampf mit den Mitteln des passiven Widerstandes fortzusetzen, bis eine Verständigung über die zukünftigen Reparationsleistungen Deutschlands erzielt ist. Im Interesse aller Beteiligten liegt eine baldige Verständigung. Denn je länger der Kampf dauert, um so tiefer sind die Wunden, die auf beiden Seiten zu verzeichnen sind. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Voreilige Gründe bei den wichtigsten Volkselementen den Kampf aus nicht einem Tag verlängern dürfen. Da die rheinisch-westfälische Bevölkerung bisher gezeigt hat, daß der Abwehrkampf in voller Entschlossenheit geführt und daß keine Anzeichen des Nachlassens dieses Kampfes bemerkt sind, kann es nicht als Zeichen der Schwäche angesehen werden, wenn von der deutschen Regierung ein festumrissener Vorschlag zur friedlichen Erledigung der Streitfragen auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen gemacht wird. Die Konferenz erwartet von der

Reichsregierung einen solchen Vorschlag. Die Arbeiterkassen sind bereit, ihren Anteil an Reparationslasten zu tragen. Sie fordern von den besiegten Kreisen das Beste. Unzweifelhaft ist, daß die tragfähigen Schritten in Handel und Industrie und den übrigen Volkswirtschaftlichen Sicherheiten und Garantien für Erfüllung der nicht durch Diktat, sondern auf dem Wege der Verhandlungen festzusetzenden Bedingungen übernehmen. Die Konferenz stellt aber ausdrücklich fest, daß eine Erfüllung der durch Verhandlungen festgelegten Reparationsleistungen nur möglich ist, wenn die deutsche Republik im uneingeschränkten Besitze der Kräftequellen an der Ruhr bleibt. So wie die früheren Konferenzen des A. D. G. V. des Ruhrgebietes als nächstes Ziel aller Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebietes bezeichnet haben, so erklärt heute die Konferenz für das altbesetzte Gebiet in der Rheinprovinz, daß eine Aussprache und Verhandlung darüber, in der Rheinprovinz eine neue Regelung der staatlichen Hoheitsverhältnisse vorzunehmen, als es im Versailles Friedensvertrag vorgesehen ist, nicht in Frage kommen darf.“

Die Militärjustiz gegen die Kruppdirektoren

Aus Essen wird gemeldet, daß die Verhandlungen gegen die verhafteten Kruppdirektoren wiederholt verschoben wurden, jetzt aber auf den 2. Mai festgesetzt sind. Ungeheuerliches scheint sich vorzubereiten, denn man erklärt, daß der französische Offizier, der die Voruntersuchungen führte, zum — Anklagevertreter befohlen worden ist. Das widerspricht jedem einleuchtenden Rechtsempfinden und ist sogar nach französischer Rechtsordnung nur für „abgekürzte Verfahren“ zulässig. Die Anklage auch auf die Betriebsräte auszuweihen, hat man annehmend doch nicht gewagt. Ob man Entlastungszeugen zulassen und überhaupt eine objektive Tatbestandsfeststellung vornehmen wird, bleibt abzuwarten.

18 Prozent Bankdiskont

Die bereits angekündigte Erhöhung des Reichsbankdiskonts ist nun durchgeführt worden, und zwar ist der Reichsbankdiskont, der am 19. November von 12 Prozent auf 12 Prozent heraufgesetzt worden war, auf 18 Prozent erhöht worden, also eine Steigerung von nahezu 50 Prozent.

Schon im Frieden war die Diskontpolitik für die Reichsbank ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung des Wirtschaftslagens. Wenn in einer Hochkonjunktur Spekulation und Produktion aufs höchste gesteigert waren, wirkte die Erhöhung des Bankdiskonts wie ein Warnungssignal. Die Einschränkung der Kredite, die mit Hilfe der Diskonterhöhung erzielt wurde, sollte zu einer Dämpfung des ganzen Wirtschaftslebens führen, damit die in Zeiten der Hochkonjunktur zu befürchtende Ueberproduktion keinen zu hohen Grad erreichte. Die Einschränkung der Produktion und des Handels, zu der eine Erhöhung des Bankdiskonts zwang, verringerte die Nachfrage nach Waren und konnte daher preisdrückend wirken. Außerdem verfolgte die Reichsbank mit Diskonterhöhungen oft den Zweck, die deutsche Zahlungsbilanz zu verbessern und damit den Abfluß von Gold zu verhindern. War der Zinssatz in Deutschland hoch, so wurden dadurch ausländische Kapitalisten veranlaßt, Kapital nach Deutschland zu senden oder wenigstens Guthaben, die sie in Deutschland hatten, hier stehen zu lassen. Jetzt soll die Diskonterhöhung ein Mittel sein, um die Durchführung der Markstützungspolitik zu erleichtern. Müssen die Spekulanten für das Geld, mit dem sie spekulieren, sehr hohe Zinsen zahlen, so wird für sie die mit der Spekulation verbundene Gefahr größer, und man glaubt, daß die Diskonterhöhung vielen Dividendspekulanten und Hamstern die Lust an ihrem Handwerk verdirbt. Ob der erstrebte Erfolg eintreten wird, bleibt abzuwarten.

Ausnahmeverordnung gegen Spionage

Der Reichspräsident hat unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, nach der solche Personen, von denen eine „Unterstützung der an dem widerrechtlichen Einbruch in deutsches Reichsgebiet beteiligten Mächte zu beforgen ist“, in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt werden können. Diese Freiheitsbeschränkung soll dazu dienen, die genannten Personen an ihrem Eintritt in das besetzte Gebiet zu verhindern. Zur Durchführung der Verordnung wird vom Reichsminister des Innern ein Regierungskommissar ernannt, der die erforderlichen Anordnungen zu treffen hat. Zuwiderhandlungen gegen dessen Anordnungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu zwei Millionen Mark bestraft. Die Verordnung entspricht dem Kriegsrecht über „Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung“. Als Beschwerdeinstanz tritt an Stelle des Reichs- und Militärgerichts der Staatsgerichtshof am Schutze der Republik.

Dresdner Kalender

Theater am 25. April. Opernhaus: Lothengrün (6). — Schauspielhaus: Die deutschen Kleinstädter (7 1/2). Volkstheater: Rot 10082—10088. — Reußstädter Schauspielhaus: Volk in Rot (7 1/2). — Residenztheater: Don Cesar (7 1/2).
Wochentagsfeierabend. Im Logenhaus findet Donnerstag (7 1/2) ein Vunter Abend zum Besten der Volkshilfe des Albertzweigvereins, veranstaltet von Elisabeth Engel (Sopran) unter Mitwirkung von Theodora Reich (von Rabenau (Regitation), Frei Adler (Tenor), Dr. Richard Walther (Bass) und Ismail Bedri (Violine, Harf). Die Begleitung hat Professor Fretsch übernommen.
Matthäus-Passion von Heinrich Schütz. Als Erstaufführung für Dresden führt die Dresdner Singakademie nächsten Sonnabend, 28. April (7 1/2), in der Dreikönigskirche die Matthäus-Passion von Heinrich Schütz auf. Leitung: Johannes Leonhardt. Solisten: Hermann Gürtler, Willi Haber (Sopran), Hans Auer, Werner Reichelt u. a. Chor: Dresdner Singakademie und Dresdner Lehrergesangsverein. An der Orgel: Dr. Schnorr von Carolsfeld. Karten bei H. Ries, Seestraße 21.
Mitteilungen der Kongressdirektion Wies. Anna Joachimska. Schwabe (richtig Montag 8) im Kursalon Richter: Neue April (Frieda Weisinger, Paula Ludwig). — Im Logenhaus Konzert der Dresdner Madrigal-Vereinigung. Leitung: Musikdirektor Otto Winter. Mitwirkende: Kongressmeister Max Strub (Violine), Dora Whg (Alt) und Paul A. (Klavier). — Mittwoch, 2. Mai (7 1/2), im Palmengarten Klavierabend Goldemar Krangelsky. — Donnerstag, 3. Mai (7 1/2), im Vereinshaus Tanabend Greti Palucca und Gertrude Bartholome. Bill Oke am Klavier. Im kleinen Saale der Kaufmannschaft (7 1/2) Konzert der Gesangsgruppe Lydia Burger-Semmler, Hochschullehrerin am Konservatorium.
Großrussisches Bühnenspieler. Das Großrussische Palasttheater veranstaltet am 1. und 2. Mai im Vereinshaus zwei Gastspiele unter Mitwirkung des Sängers Iwan Orlik, seines von Ellen Scharfaja und Serges Dmitriew.
Einlebens neue Lehre wird Ernst Mühlbach, Vortragender der Norddeutschen Urania, nächsten Donnerstag (7 1/2), im Vereinshaus an Hand von Demonstrationen und Lichtbildern einem größeren Kreis verständlich darstellen. Dem Redner geht der Ruf voraus, daß er die Kunst, schwierige wissenschaftliche Probleme klar und verständlich zu behandeln, bestens versteht. Kritiken aus andern Großstädten besagen, daß der Mühlbachsche Vortrag diese Aufgabe weit besser löst als der feingetünte dia-

Leben • Wissen • Kunst

Politik auf der Bühne

Ueber dieses Thema beröhrte sich Dietrich Dieckmann in der Volksstimme in Frankfurt am Main folgende Betrachtung:
Im Deutschen Theater in Berlin geschah es jüngst, daß eine Frau in den Schlußheft einer Premiere ihre Ablehnung deutsch kundschaft, das Publikum sie lachen wollte: „Schneidet ihr die Haare ab“, „Werft sie den schwarzen Hund in den Ausgesselt vor“ und ähnliche Drohungen machte sie hören. Weshalb? Hatte sie an deutschem Nationalismus sich vergangen? Gab man keine über Schiller oder Georg Büchner, den sie verhöhnte? Nein, es ging der große Klassiker „Alf-Deibelberg“ über die Bretter, und jemand, der wohl der Ansicht war, daß eine Bühne von Rang und Tradition des Deutschen Theaters zu schade sei für diesen heute nicht denn je in seiner Geschichte und Vermögen sich enthüllenden und uns verletzenden Anachronismus, trägt dabei Leib und Leben zu Markte.

Im Landes-Theater zu Darmstadt „dichtet“ ein Sänger in ein Couplet einer alten Lörkingoper eine geschmacklose „aktuelle“ Strophe hinein und glaubt so, in einem Augenblick, in dem deutsche Brüder körperlich und seelisch unglücklich leiden, mit seinem Gesang zu den schmerzhaftesten Erlebnissen Stellung zu nehmen, deutsches Leid nach Varietätsart zu Effekthoch für sich begrabieren zu dürfen! Und er würde nicht ausgeniffen für seine Gefühlsroheit, sondern stürmisch heftig, und als ihm für die zweite Aufführung eine Wiederholung seines Delikts von der Intendanten verboten wurde, erfolgte tags darauf eine feierliche Anfrage nach dem Verbleib der Strophe in einer deutschnationalen Zeitung, die der Intendant ob dieser Selbstherrlichkeit nicht mehr und nicht weniger als Rangel an nationaler Gesinnung vorwarf.

Auf der gleichen Bühne gab man des deutschen Dichters Georg Büchner beglaubende Dichtung „Lenz und Lena“; der Mann, der sich in der gelesesten Darmstädter Zeitung mit Verfertigung von Theaterberichten befaßt, gelangte in seiner „Kritik“ zu der erstaunlichen Erkenntnis, daß der einzige Grund zur Wahl dieses Stückes nur der gewesen sein könne, das Königtum lächerlich zu machen“; und, sich damit noch nicht genügend blamiert wähnend, nennt er 14 Tage später die Dichtung mit „Charles Lenz“ in einem Atem.

Eine große Dresdener Zeitung erneuerte kürzlich Schillers Ruf nach dem nationalen Theater; begeistert nahmen dies Darmstädter Mäler zum Anlaß, um diesen Ruf zu der Sehnsucht nach

einer Bühne nationalistischen Phrasenhelldentums umzubringen, auf der vermutlich dann Wüstenbruch wichtiger wäre als Schiller.

So weit sind wir gekommen! Es geht nicht mehr um Kunst, es geht um Phrasen und Geschwätz. Schiller (nach dessen „Teil“ man schreit), Goethe, Kleist will man berauben, ihre Werte will man an der Stelle, die Schiller als moralische Anstalt wissen wollte, mißbrauchen wie Wortbilder einer Wählerversammlung. Sieht denn niemand die ungeheuer graufige Gefahr, die sich hier vorbereitet und die bergsteigend in die Massen getragen wird? Gaben wir denn noch nicht Kriegesopfer genug gebracht von Gut und Blut, an deutschen Provinzen und deutschen Erbstücken und an deutschem Geld, daß nun auch noch der deutsche Geist geopfert werden soll? Denn darum, und um nicht weniger, geht es! Es sollen Kunstwerke gerufen und verstimmt werden — denn was andres als Verstimmlung ist es, wenn man nicht mehr den Geist des Schöpfers hören will, sondern seine zufälligen Worte auf ihre Anwendbarkeit in der Gegenwart —, es sollen sinnlose kunstwüdrige Phrasen daraus gemacht werden, es sollen wirkliche und echte Dichtungen, ungeschöbete Manifeste deutschen Geistes und deutscher Gefühltheit verunglimpft und in den Rot gezogen und, wie der Berliner Fall zeigt, Rißis und Schwärzen als Urin von Deutschtücht gepriesen und bejubelt werden! Wir sollen stillschweigend zusehen, wie in Opern, die, mögen sie auch nur kleine, enge Kreise schildern und bedeuten, immerhin aus deutschem Sinn und deutschem Atem gegzeugt wurden, mit Albernheiten verhandelt und damit anständig deutscher werden. Wie weit ist es noch von da bis zu dem Punkt, wo auch in „Figaro“ und „Fidelio“ „nationale“ Einlagen gemacht werden, weil sie nicht deutsch genug sind?

Unter all den Abscheulichkeiten, die uns Frankreichs Gewalttätigkeit antut, ist diese vielleicht die größte: daß sie eine derartige Verwundung in deutschen Köpfen anrichtet, die nicht mehr untercheiden kann zwischen Wert und Unwert in der Kunst, zwischen Kunststätte und Bierhaus. Diejenigen aber, die berufen sind zur Wahrung und Heiligung wahrhaft nationaler Verantwortungsberühmte, freies wider den heiligen Geist, wenn sie der Feinde Beförderungswerk an deutschen Geist fördern helfen. Man wende nicht ein, daß es um die nicht schade sei, die so h plumper Tat zum Opfer fallen; Deutschland blutet aus zu vielen Wunden, als daß es selbst Gabelte aufgeben dürfte. Sonst bleibt zuletzt nur noch ein Trümmerhaufen. Und was das „eben dann noch für einen Sinn! Um was leiden unswe Väter an Rhein und Rufe standhaft alle Qualen der Bergemaltung, wenn wir bumm und blind das einzige lampos aufgeben, was wir noch zu verlieren haben: deutsches geistiges Gut, bezwungen in deutschen Herzen, als Erbeil in der Form, in der es uns zu treuen Händen übergeben wurde.“

Dienstag
840.
berhand
Wahern
festleg.
Gefahren
Steuern
Wesentlich
ohne
fortge
für die
durch de
den Vor
ten aus
Wesentlich
werde
braucht
würdig
Anstif
erzeugt
D
wirklich
brach al
die Ruh
Seite ein
sarie.
langen,
ringert
gebiet, a
Gebiete
D
doch habe
Beschrei
wertbest
mühte es
fördern,
sind. D
rungen
Kommis
wird nicht
über ma
gabe gem
samme
Regierun
Schmidt,
von den
höchsten
Preisüb
geschaff
Selbstf
Rebe sein
daß trotz
über dem
arbeitet a
fähig ist,
Unterneh
hätten, ist
und Soba
Vorwurf
kommen
und badu
Worgänge
sich über
Ich wund
natürlich
und die F
Es
Stunden
hinter der
empfang
Präsident
Luzie sind
Die
Die Köhne
Kriege, A
den Indes
Im
oben gem
den Dolla
besprochen
O. Reindl
Der
morgen (8
unter Min
Alfist (3
Dr. Schu
Die Wlä
Kon
beranzst
Konzerte i
Bauer
Alt. Karte
jaßl an der
Soll
Raumempfi
wieder in d
Dresd
haus, Kong
direktor O
(Standop
Feta
Solamisch
Wiangen
Kleine I
Pü
Dramatik
man (W
tragen wer
Oberregier
zur Aufsicht
Einmaleins,
Friedrich
Nache des
Tob und
kommen: I
Georg Raile
(Kaufmann
hard Welt
kommen.
Wer
Stummer
soll, um
ist selbstm

Deutscher Reichstag

340. Sitzung vom 23. April, nachmittags 2 Uhr
Erste Beratung des Gesetzesentwurfs, der die Biersteuer vermindert und den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft festlegt.

Nach einem Protest des Abg. Roenen (Komm.) wird der Gesetzesentwurf gegen die Stimmen der Kommunisten dem Steueraussschuß überwiesen.

Das Geldstrafengesetz, das die Geldstrafen der Geldwertverwertung anpaßt, wird in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Staats des Reichswirtschaftsministeriums

Abg. Anick (Dem.) betont, seine Freunde seien durchaus für die Marktstabilisierung. Der Preisabbau werde aber gefördert durch den Wucher der Löhne beim Goldverkauf.

Abg. Dr. Reichert (Dnat. Sp.) weist für die Industrie den Vorwurf zurück, daß sie durch Preisbremsung die Konsumenten ausbeute.

Abg. Kemmle (Komm.): Der Anteil des Lohnes an den Preisen sei dauernd zurückgegangen. Von den Unternehmern werde sogar die Rückhilfe für ihre Profitinteressen mißbraucht. Der Nationalismus der Medien erscheine in merkwürdigem Maße angefaßt der Tatsache, daß die Wabischen Anilin- und Sodafabriken sogar Arbeiter zur Munitionserzeugung nach Frankreich schickten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:
Der Abg. Dr. Reich hat rechtlich meine Rede im Reichswirtschaftsrat in dem Sinne zitiert, als ob ich den Ausbruch als bald beendet ansehen würde. Ich habe gesagt, daß die Inflation so lange anhalten würde, bis die andere Seite einsehen würde, daß sie durch Verhandlung mehr erreichen könne. Auch mein Wunsch ist eine Preisbremsung der Wabischen. Es ist aber schwer, dies in einem Zeitpunkt zu verlangen, wo die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung sich verringert haben durch den Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet, auf der anderen Seite aber die Ausgaben im unbesetzten Gebiet überhand nehmen.

Die Schritte in der Devisenfrage mühten wir tun, doch haben wir auf gewisse Stimmungen Rücksicht genommen. Die Bestimmungen, die in einzelnen Verträgen zur Schaffung einer wertbeständigen Sparanlage gemacht werden, kann ich nur billigen, möchte es aber ablehnen, diesen Gedanken von Amt wegen zu fördern, da die Verhältnisse in den Verträgen eben zu verschieden sind. Der Name der noch heute bestehenden Sozialisierungskommission hat keine Berechtigung mehr, denn die Kommission beschäftigt sich nicht mehr mit der Sozialisierung. Es wird nicht mehr viel Menschen heute geben, die sich damit befassen. Aber man könnte der Sozialisierungskommission eine andere Aufgabe geben. Eine solche aus Praktikern und Theoretikern zusammengesetzte Kommission könnte wertvolle Vorschläge für die Regierung und für das Parlament liefern. Der Abgeordnete Schmidt, Berlin, hat gesagt, daß die Preise für Kohle und Eisen von den großen Konzernen bestimmt werden. Aber der Reichsausschuß und das Reichswirtschaftsministerium werden bei der Preisbildung mit. Auch in der Eisenwirtschaft sind Organisationen geschaffen, die die Preise feststellen. Nach den Statistiken über die Selbstkosten kann von großen Gewinnen bei den Kohlen nicht die Rede sein. Auf der deutschen Wirtschaft liegen zu viele Kosten, so daß trotz den verhältnismäßig niedrigen deutschen Löhnen gegenüber dem Ausland auch heute noch die deutsche Wirtschaft teurer arbeitet als das Ausland und gegen dieses nicht konkurrenzfähig ist. Die Behauptung des Abgeordneten Kemmle, daß die Unternehmer die traurigen Vorgänge in Rülhheim verschuldet hätten, ist eine Überlegung nicht wert. Die Wabischen Anilin- und Sodafabriken habe ich nicht zu verteidigen, sondern nur den Vorwurf zurückzuführen, daß die deutsche Regierung bei dem Abkommen der Waberei mit der französischen Regierung mitgewirkt und dadurch Vaterlandsverrat begangen habe. Ich bin für diese Vorgänge von 1920 nicht verantwortlich, aber aus dem Alten läßt sich über eine Einwirkung der Reichsregierung nichts feststellen. Ich wundere mich darüber, daß eine Partei, die die Internationalität als ihr Ziel betrachtet, daran Anstoß nimmt, daß die deutsche und die französische Industrie zusammenarbeiten.

Abg. Robert Schmidt, Berlin (Soz.):
Es ist außerordentlich bedenklich, daß viele Großbanken ihren Kunden Konten in ausländischer Währung eröffnen können. Dahinter verbergen sich viele Spekulationen. Die Gehalts- und Lohnempfänger bleiben in ihrem Einkommen weit zurück hinter der Preisentwicklung der Industrie und Landwirtschaft. Die Effektenkurve sinkt viel stärker gestiegen als die Löhne.

Die Verarmung der breiten Massen ist ungeheuer.
Die Löhne haben nur noch die Hälfte des Kaufwertes wie vor dem Kriege. Kein einziger Lohnempfänger reicht mit seinem Lohne an den Index heran.

Im Februar hat der Preis der Kohle einen Sprung nach oben gemacht, der sich gar nicht rechtfertigen läßt und weit über den Dollarstand hinausgeht. (Hört, hört! links.) Die Eisen-

Industrie steht mit ihren Preisen auch unerhört über dem Dollarstand. Die Preisgestaltung unserer Preise über den Weltmarktpreis hinaus ist nicht begründet, denn in Deutschland sind die Produktionsbedingungen billiger als im Ausland. Von deutschen Industriellen wird erklärt, man könne die Preise wohl heraufsetzen, wolle es aber nicht tun, weil sonst die Käufer in Ermartung eines weiteren Preisrückganges mit den Käufen zurückhalten würden. Schmidt schloß mit eindringlichen Worten an die Kommunisten, aus den behauerlichen Worten in Rülhheim an der Ruhr zu lernen. Die Haltung der R. P. D. sei unklar. Wenn die Kommunisten ihrer Verantwortung voll bewußt wären, würden solche Vorfälle, die der gesamten deutschen Arbeiterklasse Schaden vermieden werden können.

Abg. Kemmle (Komm.): Die Ministerrede war wohl der Versuch einer Rechtfertigung des Vaterlandsverrats der Wabischen Anilinwerke. Die als Vaterlandsverrat gekennzeichneten Vertreter dieser Werke, die Abgeordneten Wabenhauer (D. Sp.) und Reinach (Dem.), haben den Mut zu einer Verteidigung nicht aufgebracht. (Präsident Lobe ruft den Redner zur Ordnung.) Die des Betrugs und Vaterlandsverrats öffentlich angeklagten Antikontingentalisten haben bisher keine gerichtlichen Schritte gegen diese in der Presse öffentlich erhobenen Vorwürfe unternommen. Die gesamte Stahlproduktion des Werkes Cypau geht ins Ausland. Reichswirtschaftsminister Dr. Becker weist den Vorwurf, er habe einen Nachfertigungsbesuch für die Anilinwerke gemacht, zurück.

Abg. Wehler (Dem.) weist den gegen seinen Fraktionsfreund Reinach erhobenen Vorwurf des Vaterlandsverrats zurück. Die Angelegenheit sei noch nicht vollständig geklärt. Nach dem Friedensvertrag habe Frankreich ein Recht auf das Patent des Haber-Bosch-Verfahrens. Der Redner betont weiter, von den Demokraten werde die Stützungsaktion der Marx mit allen Kräften unterstützt. Angesichts der fortschreitenden Verarmung der Aktionäre sei die Rede des Abgeordneten Schmidt sehr behauerlich, denn sie löse die Unheilsfront.

Abg. Kemmle (Komm.) bezieht die Angaben des Abgeordneten Wehler über die Rolle der Aktionäre. Er hält seinen Vorwurf gegen die Anilinwerke aufrecht und sucht ihn durch Material aus dem Archiv der Werke zu beweisen.

Damit schließt die Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird gegen die Kommunisten bewilligt. Nach 7 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Die Bautätigkeit im Jahre 1922

In 35 deutschen Großstädten wurden im Jahre 1922 23 540 neue Wohnungen hergestellt, gegen 21 275 im Jahre 1921. Es sind also insgesamt 10,7 Prozent mehr Wohnungen als im Vorjahre gebaut worden. Angesichts des starken Wohnungsbedarfs aber ist der Zuwachs immer noch verhältnismäßig gering. Hunderttausende deutscher Familien sind außerstande, eine ihren Lebensbedürfnissen auch nur annähernd entsprechende Wohnmöglichkeit zu finden. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn sich in der Wohnungsbaufrage die Notstände breiten, die dem Gedanken der Verwirklichung des vorerwähnten Wohnraumes recht unzutreffend sind. Man wird sich damit abfinden müssen, daß in jedem Falle mehr gebaut werden muß, und zwar mehr gemeinwirtschaftlich, d. h. auf Kosten derjenigen, die schon jetzt eine Wohnmöglichkeit besitzen, Wohnungen unter Ausschaltung des Profits von Privatunternehmern hergestellt werden müssen. Andernfalls besteht die große Gefahr, daß die Tendenz zur freien Wirtschaft, die von den Interessenten auf das lebhafteste herbeigeholt wird, sich mehr und mehr durchsetzt und daß sich dann ein Wohnungsmischer von unerhörtem Ausmaß breitmacht.

Die Reichsregierung hat vor kurzem einen Betrag, der sich einer halben Million nähert, zur Förderung der Bautätigkeit bereitgestellt. Doch dieses nicht genügt, sondern daß auch die gesamte Bauwirtschaft in stärkere Kontrolle genommen werden muß, ist der von den sozialistischen Parteien wiederholt betonte Standpunkt. Es genügt nicht allein, daß man gemeinwirtschaftlich Wohnungen herstellt, man muß auch dafür sorgen, daß die Herstellungskosten der Neubauten auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden, und das geht nicht ohne gemeinwirtschaftliche Regelung der Bauwirtschaft. Innerhalb der Bautätigkeit selbst haben ja bereits gemeinwirtschaftliche Organe, vor allem die sozialen Bauverbände, eine achtunggebietende Stellung erlangt. Doch dies aber nicht ausreicht, geht daraus hervor, daß in der Zeit der großen Aufschwüngen der sozialen Bauverbände der Anteil der gemeinwirtschaftlichen an der gesamten Bautätigkeit abgenommen hat. So ist die Zahl der durch gemeinnützige Bautätigkeit hergestellten Häuser von 6470 auf 5400 zurückgegangen. Die durch gemeinnützige Organe hergestellten Wohnungen haben freilich noch etwas zugenommen, doch ist im ganzen, wie gesagt, eine Zunahme der freien Bautätigkeit zu verzeichnen. Begünstigt wird diese dadurch, daß durch das System der Bauförderzuschüsse den Hausbesitzern ein weiterer Spielraum gelassen wird, ob sie überhaupt noch in den vorhandenen Räumen weitere Wohnungen herstellen wollen oder nicht, und ferner dadurch, daß die Privatunternehmungen selbst in zunehmendem Maße für ihre Arbeiter und Beamten Wohnungen herstellen lassen und diese oft an Privatinteressenten vergeben.

Eine Forderung der Bautätigkeit ist jetzt doppelt dringend notwendig, weil die zunehmende Arbeitslosigkeit bekämpft werden muß. Der Baumarkt hat einen außerordentlich starken Ein-

Intellektueller gewesen. Das ist freilich schon lange her. Vor etwa einig Jahren, als es in Berlin noch eine Bohème gab, trieb Dietrich in der Gegend des Café Monopol und die Friedrichstraße hinaus gegen Norden jene harmlose, aus Alkoholismus und Literaturschwärm zusammenbauende, nicht gerade sehr produktive, aber von allerlei leuchtenden Gedankenstrahlen besäete Selbstbelustigung, wie etwa sein heutiger Antipode Erich Mühsam. Mit Wilhelm Pieker und Heinrich Lautensack und mit manchem andern hat Dietrich in dielektische Fruchtigkeit geschwommen. Und er war immer der leuchtendste. Sumeilen schien es, als wolle er geradezu flüchtig werden. Dann hatte er einen kleinen Erfolg mit seinem „Proschönig“, und hernach verschwand er aus Berlin. Es hieß, er habe eine ältere Witwe nebst einem Schloß geerbt. Die Nachricht blieb jedoch unbefätigt. Später nahm das königliche Schauspielhaus seine Uebersetzung des „Peer Gant“ an. Sie wurde als materielle Ausgabe und als höflich gepriesen. Und plötzlich erschien Dietrich deutschdörflich verumumt. Er hat Bräuen, aber da sein „Peer Gant“ doch immer im Staatstheater aufgeführt wird, scheint er preußisches Geld nicht zu verachten. Im übrigen muß er heute schon reichlich bejaht und wenn er seiner Natur treu geblieben ist, ein hart gefüllter Mann sein. Prost!

Gewerkschaften und Esperanto. Der vom 4. bis 11. März in Christiania stattgefundene 10. Gewerkschaftskongress nahm nach einem Referat des Genossen O. Has, dem Referat der Rosa Luxemburg, folgende Resolution an: Der Kongress begrüßt die Bewegung für Einführung der internationalen Hilfssprache Esperanto und ist sich bewußt, daß eine internationale sprachliche Verständigungsmöglichkeit das beste Mittel ist, das Selbstverstand und Gemeinheitsgefühl bei der Arbeiterschaft zu heben und zu betreiben und in den Kämpfen, die das Weltproletariat um seine Freiheit zu führen hat, von unschätzbarem Werte sein kann. Der Kongress empfiehlt deshalb allen Gewerkschaften und Distriktorganisationen, unter ihren Mitgliedern für die Verbreitung des WeltHilfssprachengedankens hinzuwirken. Auch ist zu versuchen, mit ausländischen Arbeiterorganisationen übereinzukommen. Esperanto im internationalen schriftlichen Verkehr zu benutzen. Weiter ist dahin zu streben, daß Esperanto auf künftigen Arbeiterkongressen als Verhandlungssprache verwandt wird.

Der Schwanenherd von Dresden und Umergend hat für Monat April folgende Mindestaufwandsummen festgesetzt: Sängern 4400 M., 40 Sängern 6750 M., 50 Sängern 8100 M., 60 Sängern 9450 M., 70 Sängern 10 800 M., 80 Sängern 12 200 M., 90 Sängern 13 650 M., 100 Sängern 15 100 M. Ankosten für Strassenbahn sind besonders zu verzeichnen.

fluß auf die übrigen Produktionsgebiete. Von seiner Tätigkeit hängt z. B. nicht nur die Erzeugung von Goustoffen, sondern auch die Holzindustrie, die Eisenindustrie usw. ab. Aus diesen Gründen ist es zu wünschen, daß man an die Herstellung neuer Bauten mit größerem Eifer herangeht als bisher und daß vor allem auch diejenigen, die heute im glücklichen Besitz einer Wohnung sind und in Folge der gemeinwirtschaftlichen Regelung des Wohnungswesens sogar ein gewisses Monopol am Wohnungsmarkt innehaben, sich der produktionswirtschaftlichen Aufgabe nicht verschließen.

Sächsischer Landtag

34. Sitzung, Dienstag, 24. April, vormittags 11 Uhr
Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt es zunächst einige Erklärungen. Abg. Demhardt (Soz.) stellt fest, daß die vom Volksparteier Koed in letzter Sitzung aufgestellte Behauptung die Bauhütte in Zwickau habe im vorigen Jahre für einen Schieber eine Villa gebaut, nicht den Tatsachen entspricht, daß Koed von seinem Gewährsmann also angefangen worden ist. Ferner wendet sich der Demokrat Günther gegen den ihm von dem R. P. D. (übrigens zu Unrecht) gemachten Vorwurf, daß es seinem merkwürdigen Verhalten zu verdanken sei, wenn der Landtagsbeschluss auf Erhöhung der Gewerbesteuer zustande gekommen sei.

In gemeinsamer Beratung genommen werden die Gesetzentwürfe über die Drogenfürsorge, die Veränderung des sächsischen Viehschaden- und Viehversicherungs-gesetzes, die Viehschadenversicherung und über die Bekämpfung der Blamratte.
Wirtschaftsminister Hellwig bemerkt, daß die Bekämpfung der Blamratte den Staat jährlich 12 bis 15 Millionen Mark kosten würde, während von 1917 bis Ende Oktober 1922 insgesamt 1800 Tjannratten erlegt wurden. Bei diesem traurigen Mißverhältnis von Aufwand und Erfolg soll künftig die Bekämpfung, wie dies auch bei den meisten anderen Gattungen der Fall ist, den Grundbesitzern selbst überlassen und ihnen auf gesetzlichem Wege die Befähigung zur Erregung der erforderlichen Maßnahmen aufzuerlegt werden. Die Abwehr- und Beseitigungsmassnahmen können auf die Gemeinde übernommen werden.

Nach unwesentlicher Debatte werden sämtliche Gesetzentwürfe, mit Ausnahme der Vorlage über das Viehschaden- und Viehversicherungs-gesetz, die sofort angenommen wird, dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Der Gesetzesentwurf: Weitere Veränderung des allgemeinen Vergesetzes, es handelt sich hierbei um die Regelung der Teilnahme von Mitgliedern der Betriebsräte an den Aufsichtsräten bei den sächsischen bergrechtlichen Gewerkschaften (Anpassung an das Reichsgesetz), wird auf Antrag Langhans (Soz.), der der Tendenz der Vorlage zustimmt, ebenfalls an den Rechtsausschuß verwiesen.
Nächste Sitzung: Donnerstag den 26. April: Haushaltsplanberatung.
Am 3. Mai soll das Gesetz über die Pflichten der Beamten zur Beratung kommen, am 8. Mai die Gemeinde-reform.

Parteiangelegenheiten

Genosse Emil Landgraf, der Geschäftsführer unserer Chemnitzer Volksstimme, begeht am 24. April seinen 60. Geburtstag. Genosse Landgraf hat das Chemnitzer Zeitungsgewerbe aus kleinen Anfängen zu einem der größten und bestentwickeltesten Partibetriebe emporgehoben. Als im Jahre 1891 die Chemnitzer Volksstimme als erstes Mal in der Provinz ein täglich erscheinendes Organ begründete, wurde Emil Landgraf als Geschäftsführer berufen, der damals — von Haus aus Arbeiter, später Werkmeister — wegen Verbreitung sozialistischer Schriften gemahnt war. Die Chemnitzer Volksstimme habe bald nach Chemnitz über, gelangte dort zu immer größerer Entwicklung und konnte im Jahre 1911 ein eigenes Heim beziehen. Das wegen seiner großzügigen und modernen Anlage noch heute den Stolz der Chemnitzer Partei bildet. Diese ganze Entwicklung ist mit dem Namen Emil Landgraf eng verknüpft, der 32 Jahre lang das Unternehmen geschäftlich geleitet und veraltet hat. In den ersten Jahren war die Verlagstätigkeit freilich eine sehr „abwechslungsreiche“, denn oft kam es vor, daß der einzige Redakteur im Gefängnis saß und der Verleger dann gleichzeitig die Redaktionsgeschäfte führen mußte. So stand Emil Landgraf in den ersten zehn Jahren seiner Tätigkeit nicht weniger als 30mal unter Anklage wegen Freiwortens, doch gingen die meisten Verfahren noch glimpflich aus. Immerhin ist diese Zahl ein Zeichen dafür, wie damals die Klassenjustiz gegen unsere Presse wüthete. — Wir wünschen unserem allzeit schaffensfrohen Genossen Landgraf noch weitere Jahre tüchtigen und emigen Wirkens zum Segen der Partei.

Aus aller Welt

Zwei Menschen wurden durch die Feuerwehr in Leipzig getötet. In der Kunstankalt von H. Grotz beach am Donnerstag durch Ueberleben von Terpentin ein großes Feuer aus, das sich sehr rasch verbreitete. Das ganze Gebäude stand bald in Flammen. Durch die starke Rauchentwicklung wurde drei Arbeitern und einer Frau der Ausweg über die Treppen verperrt. Sie mußten von der Feuerwehr mittels der mechanischen Leiter aus ihrer bedrohlichen Lage befreit werden.

In einem Anfall von Geisteskrankheit verletzte der Gastwirt Lindner in Großenhain seine Frau durch mehrere Stöße, die er ihr mit einer Schere am Hals und Kopf beibrachte, und erhängte sich darauf.

Der Dollar 30 174,87

Berlin, 24. April. (Amtlich.)		24. 4.	24. 4.	28. 4.	28. 4.
		Geld	Werte	Geld	Werte
Amsterdam . . . 1 Gulden	11770,25	11899,50	10678,25	10726,75	
Buenos Aires . . . 1 Peso	10922,62	10977,38	9978, —	10025, —	
Kopenhagen . . . 1 Krone	8811,98	8838,32	4907,70	4882,80	
Dänemark . . . 1 Krone	8885,87	8844,18	5167,07	5192,97	
Schweden . . . 1 Krone	7980, —	8020, —	7331,62	7378,58	
Helsingfors . . . 1 fin. Mark	* 845, —		765,08	769,02	
Belgien . . . 1 Franc	1740,88	1749,87	1576,05	1588,95	
Italien . . . 1 Lire	1498,25	1503,75	1861,58	1868,42	
London . . . 1 Pf. Sterl.	159350, —	149850, —	127181,25	127818,75	
Neuyork . . . 1 Dollar	80174,57	80825,88	27481,25	27588,75	
Warsz . . . 1 Franc	2019,99	2030,07	1825,42	1884,53	
Schweiz . . . 1 Franc	5468,22	5523,78	4987,50	5012,50	
Spanien . . . 1 Pesta	4088,87	4081,88	4209,45	4230,55	
Wien (abgefl.) 100 Kronen	* 42, —		40,14	40,38	
Wrag . . . 1 Krone	* 900, —		817,95	822,05	
Budapest . . . 1 Krone	* 5,75		5,60	5,64	

rs. Berlin, 24. April. (Fig. Draht.) Am Devisenmarkt ist das Geschäft heute vormittags wieder sehr ruhig. Die Tendenz bleibt, wenn auch unter Schwankungen, unversändert fest. Englische Pfunde setzten heute morgen mit 137 5/8 ein, gingen vorübergehend auf 138 000 zurück und wurden an der Börse mit 140 000 gehandelt. Der Dollar stand entsprechend diesem Kurse gegen 11 Uhr auf 30 500 und stieg an der Börse bis auf 30 900. An der Börse selbst belebte sich das Geschäft um ein Gerignes. Die Effektenbörsen sind heute wenig einträglich. Der Grund ist in der neuen Kreditverwertung und in der Diskontierung der Reichsbank zu suchen. Das Geschäft ist sehr ruhig und nur wenige Aufträge liegen vor.

besprechene Einleitungs-Karten bei H. Ries, Seefstraße 21, O. Reinick, Hauptstraße 2.

Der Volkshar Dresden-R. (M. b. D. u. S. A.) veranstaltet morgen (9) in der Dreiecksstraße eine Musikführung unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters, der Kapelle J. J. Wagner, Scharrer und des Organisten Dr. Scharrer von Carolsfeld. Leitung: Arno Wagner. Die Plätze sind 10 Minuten vor Beginn einzunehmen.

Von fremden Ländern und Menschen. Unter diesem Titel veranstaltet der Volksmännerchor am 12. und 13. Mai zwei Konzerte im Vereinshaus, Angersdorferstraße. Mitwirkende: Paul Kron, Konradt, und J. J. Wagner, Scharrer, Alt. Karten zu 600, 450 und 300 M. sind noch in beschränkter Anzahl an der Abendkasse zu haben.

Volkshochschule. Kursus 4. Ernst Thiemer, Altklassisches Raumprogramm, nächste Uebung (mit Lichtbildern) Donnerstag, 28. April, wieder in der Oberrealschule Seeburgstr. 1, Stod.

Dresdener Madrigalvereinigung. Sonntag, 30. April im Logenhaus. Konzert der Dresdener Madrigalvereinigung, Leitung: Musikdirektor Otto Winter. Mitwirkung: Konzertmeister Max Strub (Ständoper) Rosine, Dora W. (Alt), Paul Kron (Bass).

Kolonischer Garten. Die nächste Monatsversammlung im Kolonischen Garten findet am Freitag (6) statt. Thema: Die Pflanzenwelt des Mittelmeergebietes.

Kleine Mitteilungen

Für die freie Volkshöhe. Jena wird ein Jollus neuer Dramatiker veranstaltet, dessen Leitung dem Schriftsteller Dr. J. J. Scharrer an (Berlin) und dem Schauspieler Paul J. J. (Belgia) übertragen worden ist. Der Beginn ist für den 7. Mai festgelegt; als Oberregisseur ist Dr. Hoffmann-Garnisch (Maina) gewonnen. Zur Aufführung gelangen: Hugo Wolgang Schiller: Das näubende Einmaleins, August Strindberg: Der Holländer (Uraufführung), Prödelin Julie, Carl Sternheim: Herr von Seinaht, Ernst Toller: Raube des verhöbnten Liebhabers (Uraufführung), Franz Wedekind: Tob und Zerfel, Eugen Irt Fischer: Irene (Uraufführung), Arnold Bronnen: Vatermord, E. Otten-Riemel: Requiem (Uraufführung), Georg Kaiser: Rück nach Venedig. Das Jollus Redlich: Deutlichen (Uraufführung). Ferner sind die Aufführung eines Dramas von Bernhard Adel und Das gelbe Zelt von Max Roß in Aussicht genommen.

Wer ist Dietrich Mart? Auf diese Frage gibt die neueste Nummer der Woche eine interessante Antwort: Der böckische Hedensohn, um demselben Namen belandete die Reichstreu gebrauchte hätte, ist selbstverständlich, wie die meisten politischen Karren, einmal ein

Gesellschaft „Die Lütigen“, Ortsgr. Eßlau.
Wittmund 20 April abds 8 Uhr. 1. Uebersicht, 2. Beschr.
Die Offenbarungen des Geisteslichen.

SARRASANI
Taglich 7 1/2 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr. Das hierin,
brunkevolle Ausstellungs-Schaupiel:
Fridericus oder „Leonora, die
Gräfin von“

Palast IPT Theater
AIBUNGSASSE 28

Die Landesflüchtigen.
Ein sensationelles Drama aus den Schreckens-
tagen der russischen Revolution.

Juck und Schlaw
Großes Lustspiel in 3 Akten.
Wer lachen will, der komme.

Ball-Anzeiger
für Mittwoch den 25. April:

Schweizerhäuschen
Schweizer Str. 1
Jeden Mittwoch:
Gr. öffentl. Musik

Wilder Mann
Erstkl. Musik. Neueste Tanzweisen

Donaths Neue Welt
Morgen Mittwoch:
Feiner Damen- und Herren-Ball.

Wilder Mann
Mittwoch den 25. April, abends 7 Uhr

Vornehmer Ball.
Neueste Schlager!

Hohe Preise Gold- und Metall-
ankaufsstelle
zahl immer noch

Strickjacken
sowie alle anderen
Strick- u. Wirkwaren
beziehen Sie in denkbar größter
Auswahl direkt vom Fabrikanten
am vorteilhaftesten.

Zigaretten von 40 Stk. Kleinverkauf
Rauchtabak 100 gr von 100 Stk.
Zigarren besonders preiswert.

Ba. Weizenmehl
Pfd. 650 M.
Schiermann
Grunauer Straße 26.

Rucksack- Segeltuch
Glöckner, Plauen, Eßlau, Straße 9.
Bei Weißfuß, Frauenkreislheiten

Platten
für Grammophone,
die result. Schöner.
Schiff mit 3000 Stk.

Altentafchen
Weißkoll., Lederwaren
u. Freiberger Str. 3. Klopfer.

Feste Preise
nur bis mit Freitag
Konkurrenzlose Angebote!
Sichern Sie sich Ihren Bedarf
durch Anzahlung!

Buntes Bettzeug, in schließl. n. 3950
an
Julett, rot und gelblich, der Meter von 5950
an
Orford für Herrenhemden, der Meter von 2900
an

Geftickte weiße Bettbezüge, An-
zug- und Kleiderstoffe, Hemden-
tuche, Zephir, Doppelbrud usw.
kaufen Sie billig, solange Vorrat reicht

Wanzen sowie alles
sowie alles
Kammerjäger Wegehaupt
Dresden-N., Louisenstraße 62 - Tel. 17787

Grund-Zentrale
Döitzschen, Sängerklaus
faufst jeden Vollen Lumpen, Altpapier,
Altolian, Metallbruch von Gändlern

Er. Sommer: Der babylonisch-biblische
Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Eingetroffen
Fahrrad-Modelle 1923
Wanderer - Brennbabor - Opel
Alright - Avanti 17715
Billige Tagespreise - Erleichterte Zahlung

Modistinnen und geübte
Phantastieut-Arbeiterinnen
werden für sofort und später auf
große Posten im Laufe gesucht.
Bakig & Unger
Grüne Straße 10.

Ärztlicher
Anwaltschreiber
und
Anwaltsgehilfe(in)
an baldig. Antritt verlangt

Epilepsie-
(Fallsucht, Krämpfe)
Leidende, auch solche,
die alles umsonst an-
gew. verl. kostenlos
belehrt. Broschüre.

Spülapparate
Klyso, Spülkannen,
Schlische, Leibblin-
den, Klistierspritze,
Unterling, Ersatzteile

Frau Heusinger
Am See 37
Ecke Dipoldswald Platz

Preiswert
Wiöbel
Bettstellen, Matratzen,
Schiffelstühle, Sofa.
E. Goldhammer
Große Brädergasse 19

Schneidern und Zuschneidern
Unterricht nach leicht faßlichem System
in Zugs- und Wendnähen. Beginn
neuer Kurse: 1. u. 15. jedes Monats.

Wohnungstausch
Dresden-N., Höhe Wilsdruffer Str. 2. N. Herr.
Jun. u. Kl. elektr. Licht, Gas mit gleich. en. größeres
in Eßlau, Nähe Tharandter Straße. Offerten
unter K. N. 2 Expedition dieses Blattes. (b2)

Wichtig für Betriebsräte!
Lebenshaltung u. Löhne
Von H. Kuczynski.
Preis brochiert 1000 Stk.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Hygienische
Frauenartikel
Süßl. Apparate, Leib-
binden usw. Faust man
nur im
Versandhaus „Dietrich“

Freiberger Platz 8
Fachkund. Frauenbedingung
Broschüre gratis!

Westellungen
auf die
Dresdner Volkszeitung
sämtl. Vertikalliteratur
Einnahme u. Inseraten
Emil Kramer
Bismarck-Platz 11/12

Empfehlenswerte Dresdner Firmen sowie Großhandel und Industrie

Wäsche - preiswert
F.A. Horn, Ferdinandsstr. 3

Das große Damenhuthaus
Heinrich Basch & Co.
Johannstraße

Aug. F. Zimmermann
Dresden-A., Trompeterstraße 7
Herrengarderobe in reicher Auswahl

Wilhelm Kaufmann Textilwerke
Zentralverwaltung Dresden Bismarckplatz 1
(Wilhelm Kaufmann-Haus)
„Wekate“-Strick-, Stopf- und Häkelgarne

Perl & Sohn
Konfektion, Arbeiterbekleidung und Schuhwaren-Großhandlung
Palmstraße 13 - Telefon 26644

Herm. Mühlberg
Wallstraße Weberstraße Scheffelstraße
Erstes Mode- und Ausstattungshaus
Strümpfe / Trikotagen / Sportgeräte

Posner & Co.
Prager Straße 32
Herren- und Damenschneiderel
Pelze

Geschäftliche Rundschau
mit Davenportplan
Ohne Gewähr! B (Musterschutz)
Abfahrtszeiten:
Dresden-Possendorf: 7.04, 10.35
(a. Sonntag), 8.05, 8.05 (w.), 9.30
(ausl. u. Sonntag), 10.55 (Sonntag,
feiertags und Mittwochs)

Tapeten
Otto Rühl Wacht.
E. Richard Arnold
Dresden-A., Währ. 3
an Fußhals
Telephon 2074

Walter Seitz & Co.
Dresden, Wettinerstraße 15
Möbel- und Warenkredithaus

Hermann Zschau
Trompeterstraße 9
Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- u. Küchengeräte

Textilwerke Albert Fuhlrott
Dresden-A., Palmstraße 1
- Mechanische -
Baumwollweberei
- Spezialität: -
Hemden-Zephir

Dresdner Schürzenfabrik
Nur an groß! Schürzen - Damenwäsche
Hopf & Feilgenhauer, Dresden-A. 1

H. Löwenstein
Johannstraße 4
Spezialgeschäft für Damen-
hüte und Putzartikel

Max Hinselmann
Putz- und Modewaren
Dresden Prager Straße 29

Das allerschönste
Schönheitsmittel
Cosmos-Seife
Dresden

Konsumverein „Vorwärts“

für Dresden und Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
Für unsere Sparkasse
werden in allen Vertellungsstellen und in den Kontoren Rosenstraße 90 und Freltal-
Döhlen, Genossenschaftsstraße, Spareinlagen von Mitgliedern entgegengenommen.
Diese Einlagen werden bei kurzfristiger Kündigung mit 6 Prozent, bei sechsmonat-
licher Kündigung mit 8 Prozent, auf 3 Jahre unkündbar mit 10 Prozent verzinst.
Unsere Genossenschaft haftet mit ihrem ganzen Vermögen für die Spareinlagen
und gewährleistet strengste Verschwiegenheit. - Die Kontore sind für Ein-
und Rückzahlungen von 8 1/2 bis 2 Uhr geöffnet; Mittwochs geschlossen.
Jeden Spargroschen dem eigenen Unternehmen.
Alle der Gemeinwirtschaft zustrebenden Verbraucher decken ihren ganzen Bedarf im Konsumverein „Vorwärts“

Am Weltfeiertag der Arbeit demonstriert die werktätige Bevölkerung für die Erhaltung des Achtstundentages!

Die erweiterte Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung

Von Friedrich Kleis

Voraussetzung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung ist, daß der Jahresarbeitsverdienst der als versicherungspflichtig bezeichneten Personen nicht eine bestimmte Grenze übersteigt. Vorläufigerweise hat die letzte Gesetzesänderung die Bestimmung gebracht, daß der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrates diese Jahresarbeitsverdienstgrenze festsetzt. Damit ist es nicht nötig, bei jeder Änderung die unzulässige Gesetzgebungsinstanz in Bewegung zu setzen.

Die fünfte Verordnung dieser Art vom 17. März 1923 erhöhte die Versicherungsgrenze auf 7.200.000 M. Das ist die bislang höchste Grenze, die sich in einem der sozialen Versicherungsgesetze für die Versicherungspflicht der Angestellten befindet. Wichtig ist noch folgende Bemerkung: Wer diese für die Versicherungspflicht maßgebende Grenze des Jahresarbeitsverdienstes überschreitet, scheidet erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Lebensbeginn der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht aus. Wird innerhalb dieser Zeit die Verdienstgrenze geändert, so bestimmt sich die Versicherungspflicht von dem Inkrafttreten dieser gesetzlichen Änderung an nach den neuen Vorschriften. Diese neue Versicherungsgrenze tritt mit Wirkung vom 1. März 1923 an in Kraft. Wer nun zum Beispiel im Laufe des Monats April eine Gehaltsüberhöhung erfährt, so daß die Monatsbezüge den Betrag von 600.000 M. übersteigen, der scheidet erst mit dem 1. Juli 1923 aus der Versicherung aus, vorausgesetzt, daß bis dahin nicht eine neue Gesetzesänderung die Grenze übermäßig hinaufsetzt.

Für Angestellte, die mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 4.200.000 M. (die vorausgehende Verdienstgrenze) versicherungspflichtig werden, ohne bereits eine laufende Anwartschaft aus früherer Pflichtversicherung zu haben (Neuerwerbte), werden aus Grund des § 11 des Versicherungsgesetzes für Angestellte von der Versicherungspflicht rückwirkend auf den Tag ihres Beginns befreit, sofern der Befreiungsantrag binnen sechs Monaten formgerecht eingeht und bereits zu dem früheren Zeitpunkt die gesetzlichen Voraussetzungen für die Befreiung im übrigen vorliegen. Diese Bestimmung hat indes nur Anwendung auf Versicherungspflichtige, die an eine Stelle oder eine ähnliche Stelle Ansprüche haben, wie sie die Mindestleistungen des Gesetzes darstellen.

Die Eigenschaft als Neuerwerbter ist dadurch nicht verloren, daß der Versicherte die frühere Pflichtversicherung freiwillig fortgesetzt hat. Einzelnen Neuerwerbten kann die Versicherungspflicht in den ersten drei Jahren nach dem Inkrafttreten der Verordnung nach vorhergehender ärztlicher Untersuchung gestatten, die Wartegeld zum Bezug der Leistungen durch Einzahlung der entsprechenden Deckungsmittel abzulösen. Neuerwerbter, die beim Inkrafttreten der neuen Verordnung das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wenn ihnen diese Abkürzung der Wartegeld nicht gestattet wird, oder nicht zugemutet werden kann. Der Befreiungsantrag ist innerhalb der ersten drei Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu stellen.

Angestellte, die versicherungspflichtig gewesen, infolge Erhöhung ihres Jahresarbeitsverdienstes aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind und nunmehr auf Grund der neuen Verordnung wieder versicherungspflichtig werden (Wiederbescherte), sind die Kalendermonate der Zwischenzeit als Beitragsmonate im Sinne der Vorsatzpar. 15, 49 des Versicherungsgesetzes für Angestellte anzuzählen. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß bereits das Gesetz vom 10. November 1922 eine wesentliche Ausgestaltung des Gesetzes der angestelltenversicherungspflichtigen Personen brachte. Es ließ die Altersgrenze (bis dahin die Vollendung des 16. Lebensjahres) für den Eintritt der Versicherungspflicht überhaupt fallen und bezog die Bureauangestellten (mit Ausnahme der ausschließlich mit Potengen, Reinigung, Aufräumen und ähnlichen Arbeiten Beschäftigten) einschließlich der Werkstattdiener reiflos in die Versicherungspflicht ein. Die Versicherungspflicht der Bureau- und Handlungslehrlinge wurde beibehalten. Zum Entgelt im Sinne der Angestelltenversicherung gehören neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte statt des Gehalts oder neben ihm erhält. Neue Gehaltsklassen sind der Angestelltenversicherung nicht angegliedert worden.

Sachsen

Ein sächsisches Beamtenvertretungsgesetz

Nach einer Meldung der Königin Zeitung vom 18. April ist im Reichstag damit zu rechnen, daß das Beamtenvertretungsgesetz für das Reich doch scheitern wird. Wie wir erfahren, hat für diesen Fall das sächsische Ministerium des Innern bereits die zuständige Stelle beauftragt, baldigst den Entwurf zu einem sächsischen Beamtenvertretungsgesetz vorzulegen.

Der Mann im Sturm

Ein Roman von der Niederelbe von Hinrich Wriede

Die lockende Milch schäumte das Meer übers Schanzkleid, wie mit Rieseneulen lauten die Wogen aufs Deck. — Doch 'ekt, krach — da stand der Kutter still; — eine gewaltige Sturzsee begrub ihn unter sich. Der Sturm warf sich in die Segel; — Anall — das Lappsegel flog aus dem Knopf wie ein müdrer Fegen. War dies das Ende?

Doch nein. Langsam tauchte der Kutter wieder aus dem Wasser hervor; — dann schoß er mit doppelter Fahrt vorwärts ins Wellental.

Garm zog das Lot, tastete mit verflämmtten Fingern die Bodennoten ab und krie das Ergebnis in die Kock hinaus. „Sechzehn Faden!“

Tiet aber stand wie ein Eisenstahl. Und Gicht und Brand umsprühten ihn, und der Sturm gerrie und rüttelte an ihm wie mit hundert Krallen. Er aber starrte unbeweglich in die Nacht und tauchte ruhig seine Pfeife.

Garm aber wurde müde. Er tastete sich nach der Kappe, stieg in die Kock und suchte sich eine Ruck vom Fußboden auf. Alles lag an der Erde: Ruder, Ruderboje, Ruder, Köffel und Messer — nur die Kaffeekanne stand noch auf dem Tisch. Garm goß seine Ruck voll Kaffee und trank in langen Sügen schwarzen Kaffee. Das tat gut. Ob sie es halten? Ob sie den Tag wiedersehen? Aber warum hatte Tiet nicht früher aufsegeln wollen? Nur Trost! Alles mußte er besser. Immer ging's nach ihm. „Ich laß mich nicht von dir zur Ankerboje machen!“ schrie Garm da auf vor Mut und Angst.

Wöllich kitzte und kratzte es über ihm; Wasser und Scherben klatschten ihm auf den Kopf, daß Garm zurücktaumelte und sich auf die Bank fallen ließ. Schmel, Stiefelknack, Rucken, Luthorn und Almanach schwammen im Wasser. Garm besann sich, stürzte ans Deck, besterzte sich vom Großmast nach dem Boot, von da über Besanmast und Nachthaus zu Tiet. „Nun ist's zu spät!“ schrie er dem voll Mut in die Ohren, „warum haben wir nicht aufgesegelt!“

Sächsische Verbraucherkammern

Die Verbraucherkammer für den Freistaat Sachsen hielt am 15. April 1923 ihre dritte Vollversammlung unter Anwesenheit von Vertretern der Regierung, der Landesstelle für Gemeinwirtschaft und der Landespreisprüfungsstelle ab. Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß der Kammer zwar die öffentlich-rechtliche Anerkennung vorläufig verlagert blieb, daß es aber die Regierung trotzdem für richtig gehalten hat, die Kammer regelmäßig zur Erstattung von Gutachten und zu Beratungen und Sitzungen hinzuziehen. Die Wichtigkeit der Kammer wurde, solange sie der öffentlich-rechtliche Charakter fehlt, und volkswirtschaftlich wichtige Fragen ihre reichsgesetzliche Regelung finden, naturgemäß eine Beschränkung. Im Anschluß an den Vorstandsbericht erstatteten die Ausschussmitglieder Bericht über ihre Tätigkeit in den Ausschüssen für Kartoffeln, Milch- und Preisprüfungsfragen. Der Vertreter der Landespreisprüfungsstelle erklärte, daß eine entsprechende Tätigkeit der Landespreisprüfungsstelle ohne die Tätigkeit der Kammermitglieder in den verschiedenen Ausschüssen nicht gut denkbar sei. Nach erfolgter reger Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bestrebungen geäußert werden, die Preise für wichtige Lebensmittel, wie Milch, Fleisch, Zucker usw. erneut zu steigern. Auch die Preise für Bekleidungsgegenstände und Haushaltsartikel haben nur einen unbedeutend geringen Abbau erfahren, da die Industrie, gestützt auf ihre Kartelle, sich dem Abbau widersetzt, und eine das Volksganze schädigende Preispolitik treibt.

Die Verbraucherkammer ersucht die sächsische Regierung, dieser Sache ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und bei der Reichsregierung auf die beschleunigte Schaffung eines Kartellgesetzes hinzuwirken. Insbesondere wird erwartet, daß die Preise für Milch und Mehlereiprodukte keine weitere Erhöhung erfahren, und daß auch hierbei die Frage geprüft wird, inwieweit ein entsprechender Abbau erfolgen kann.

Mit Entschiedenheit wendet sich die Verbraucherkammer gegen die vom Reichstag beschlossene Aufhebung der Zwangsabwicklungs- und Zwangsversteigerungsbeschlüsse. Sie erblickt in diesem Beschlusse eine weitere Gefährdung der Volksernährung und ersucht die sächsische Regierung, in entschiedenster Weise bei der Reichsregierung dagegen zu protestieren.

Bei der Tatsache, daß in der Lebensmittelversorgung eine starke Dezentralisation festzustellen ist, rückt die Verbraucherkammer das Ersuchen an die Regierung, die gemeinwirtschaftliche Regelung der Lebensmittelversorgung mit Hilfe der Konsumgenossenschaften baldigst in Angriff zu nehmen.“ Gth.

Um das Opfer der Besitzenden

In einem Aufsatz „Streikblätter zur gegenwärtigen Lage“ in Nr. 16 der Zeitschrift Die Menschheit jagt Fr. W. Hoerster:

„Der immer erneute Fehlschlag unserer öffentlichen Meinung, betreffend die Stellungnahme des Auslandes zum Ruhrkampf, besteht in der Annahme, die durchaus kritische Beurteilung der französischen Politik seitens der englisch-amerikanischen Finanzwelt bedeute eine Zustimmung zu der deutschen Argumentation. Wer zuziel bemerkt, der bemerkt nicht. Dem deutschen Zeitungleser kann man alles vormachen, auf das genau informierte Ausland aber macht die offizielle Rede von dem bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit betätigten Erfüllungswillen einen ganz falschen Eindruck und perliert verhängnisvoll den letzten moralischen Kredit deutscher offizieller Erklärungen. Eine wahre Wahrheit inmitten der Stille, die sich aus dem allgemeinen Mitmachen mit einer Politik der Mahalen Argumentationen ergeben hat, war daher die von Engel auf den Kopf treffende Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten, daß ohne ein großes Opfer unserer Besitzenden Klassen alle Deklamationen über französische Rechtsdrücke auf das Ausland nicht den geringsten Eindruck machen könnten.“

Neue Wege der Unfallverhütung

Die Sächsische Baugewerks-Verufsgenossenschaft verfolgt für den Hochbau seit Jahren das Ziel, neben der strengen Verankerung der Unfallverhütungsvorschriften und eingehender Betriebsüberwachung das Interesse an der Unfallverhütung durch belehrende Aufklärung zu vertiefen. Sie versucht dies auf dem Wege von Lichtbildvorträgen, welche durch technische Aufsichtsbearbeiter, die in leicht faßlicher Weise eine tiefgehendere Kenntnis der Unfallverhütungsmöglichkeiten vermitteln sollen, gehalten werden. Die Vorträge wenden sich an alle an der Herstellung von Bauwerken beteiligten Kreise, vom Konstruktur (Bauleiter) über den Aufsichtsführenden und Baudelegierten (Unfall-

vertrauensmann) bis zum Arbeiter, da nach den Erfahrungen bei der Unfallverhütung die Verhütung von Unfällen im Hochbau von einem innigen Zusammenarbeiten der Vorgenannten sowie auch von einem Bauwerk beschäftigten verschiedenen Handwerker im höchsten Maße abhängig ist. Die Belehrung ist auch auf die abgehenden Schüler der Staatsbauschule und der Fachgewerkschule der Jüngung der Baumeister ausgedehnt worden nach dem Grundsatz, daß Lehrer und Schule gleichsam als die Kinderstube der Unfallverhütung zu betrachten sein sollen. Als Belehrungsmaterial dienen Aufnahmen guter und schlechter Beispiele von Unfallverhütungsmassnahmen und Aufnahmen von Unfallstellen aus der Verantwortlichkeit der technischen Aufsichtsbearbeiter. Einzelheiten werden hierbei durch gezeichnete Darstellungen noch veranschaulicht gemacht. Da diese Aufklärungsarbeit beifällig aufgenommen worden ist und ständige Nachfragen reges Interesse daran bezeugen, wird die Sächsische Baugewerks-Verufsgenossenschaft solche tatkräftig weiter fördern.

Die 7. außerordentliche Landeskonferenz wird am Dienstag in Dresden nochmals zusammentreten, um über die Vorlage zum Kirchengesetz, betreffend die Besoldung der Geistlichen und die Verwaltung der geistlichen Lehen, zu beraten.

Gegen die Erbsteuer wendeten sich die sächsischen Hotelbesitzer auf ihrer Jahreshauptversammlung in Leipzig. Die Versammlung forderte in einer Resolution, daß der vorläufig zurückgestellte sächsische Erbsteuergesetzentwurf zum mindesten in der jetzigen gänzlich unannehmbaren Form fallengelassen werde. (Etwas anderes haben wir auch gar nicht erwartet. Red. d. B.)

Für die ausgeperrten Maurer und Bauarbeiter stellt die Stadtverwaltung Hohnstein-Ernstthal Notstandsarbeiten bereit.

Eine exemplarische Strafe erhielt Graf Willamowitz-Röllendorf in Lenzersflöhe, der bei der Getreideumlage 140 Morgen bestelltes Land angegeben hatte, während das von ihm bestellte Land ganz erheblich größer war. Der Graf wurde zu einer Strafe von 200 Millionen Mark verurteilt.

Stillelegung der Leipziger Außenbahn. Die geradezu verarmtele Wirtschaftslage, in der sich die Wehrzahl der deutschen Straßenbahnunternehmungen befindet, nötigt auch die Leipziger Außenbahn-Aktiengesellschaft eine Stilllegung ihres Betriebes ins Auge zu fassen. Zunächst soll hierauf die Linie nach Cehsch-Gautsch betroffen werden, weil deren Verkehr am meisten von dem Wettbewerb der Reichsrauenbahn beeinträchtigt wird. Ob die anderen Linien der Leipziger Außenbahn-Aktiengesellschaft das gleiche Schicksal haben werden, steht noch nicht fest.

Eine Expreßgesellschaft. Schon seit längerer Zeit kommen ganze Kolonnen junger Leute aus der Freiburger Gegend in den Hochliger Bezirk und erbeuteln oder erpressen nach allerlei Androhungen von den Landwirten Getreide und sonstige Feldfrüchte. Am Sonnabend mittag erschienen gegen 15 junge Leute bei mehreren Landwirten und hielten um Getreide an. Sie gaben dabei an, arbeitslos zu sein und nichts zu essen zu haben. Da sie geschlossen in die Gehöfte kamen und im abnehmenden Maße mit Gewalt drohten, erhielten sie fast überall Getreide. Als sie genügend zusammen hatten, gingen sie zu mehreren Getreidehändlern und suchten die erpresste oder erbeutete Werte zu Geld zu machen. In Altmittweida hatten sie dabei Glück. Sie erhielten 88.000 Mark. Die von Erlau ingewöhnlich benachrichtigte Gendarmerei in Waldheim erschien sofort im Auto und nahm die Verfolgung der Expreßer auf. Sie traf sie auf dem Bahnhof in Altmittweida an, von wo sie gerade abfahren wollten. Die Gendarmerei stellte die Namen fest und nahm der Gesellschaft die 88.000 M. ab. Von einer Verhaftung wurde zunächst abgesehen. Von dem beschlagnahmten Gelde erhielt jeder 1000 M. zur Rückreise nach Freiberg. Die Expreßgesellschaft hat nun die strafrechtliche Verfolgung zu erwarten.

Ein neuer Unfall auf der Wassertrichbahn ereignete sich in Leipzig. Ein Angestellter, der die Bremsvorrichtung zu heben hatte, unterließ infolge Trunkenheit, als ein mit acht Personen besetzter Wagen die Kurve hinter dem Wasserbassin passierte, das Bremsen des Wagens, so daß dieser in voller Fahrt die Kurve durchfuhr. Hierbei kippte der Wagen um und vier Personen wurden dabei, glücklicherweise nicht schwer, verletzt. Der Betrieb der Wassertrichbahn wurde polizeilich verboten.

Aus dem D-Juge stürzte am Mittwoch bei Langenberg-Weißig an der Riesa-Dresdener Bahnstrecke während der Fahrt ein R in d. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht und das schwer verletzte Kind zunächst in den Gepädwagen gebracht.

Mit seinem Motorrad, auf dem auch seine Braut saß, fuhr der 30jährige Kaufmann Thiem zwischen Dönnitz und Pethau gegen einen Kraftwagen. Beide wurden von dem Rabe geschleudert. Thiem war sofort tot, seine Braut wurde schwer verletzt in das Jüttauer Krankenhaus gebracht.

Und doch! Es könnte gelingen — nur Ruhe — eiserne Ruhe!

Immer näher kam das Leuchtfeuer gefroren; immer schärfer und kälter blinnte es auf das kämpfende Fahrzeug herab — wie das Auge eines Ungeheuers.

Wieder warf Garm das Lot.

„Neun Faden. Schilf und Sand!“

„Siebeneinhalb! Schierer Sand!“

„Die Wellen werden schon kürzer!“

„Über Tiet hinweg noch immer.“

„Tiet!“ schrie Garm da, „wir treiben auf den Sand!“

„Geh nach vorn. Holt die Fock bod!“

Was? Er will es wagen? Will über Stog gehen?

Garm krabbelte nach vorn — am Boot — am Großmast, — Fockleinwagen — entlang —. Hier — jetzt hatte er den Focksteer.

Tiet legte seine Pfeife ins Nachthaus, sein Körper strotzte sich — jede Muskel spannte sich. „Reel!“ und mit aller Kraft riß Tiet das Fuder nach Nordbord hinüber. Garm krampfte die Hände in die Fock und stemmte sich dagegen.

„Halt dich fest! Halt dich fest!“

Doch auf bäumte sich der Kutter, die Wogen warfen ihn zurück, — brochen aufs Deck wie tolle Wölfe, — schleuderten den Kutter nach der Seite und begruben ihn unter Gicht und Schaum. Laut knallten die Segel, — es war, als habe der Kutter allen Galt verloren.

Wöllich stockte er, — neigte sich nach Steuerbord, — und mit fürchterlichem Anall, mit Krachen und Knacken schlugen die Segel wieder voll. Ganz auf die Seite legte sich der Kutter, — der Großmast tauchte ins Wasser, — eine Welle schlug ins Segel — aber noch immer kam der Kutter nicht wieder in Fahrt.

Nun — ein starker Stoch — eine Wö, — und der Kutter kippte.

Tiet riß das Steuer wieder in die Mitte. „Schieb uns vorwärts, — Wind!“ knarr, — da floß der Radenbut aus dem Knopf, — eine Riesentogge schlug ins Großsegel, — riß es in zwei Teile und zerbrach den Sigbaum wie einen fernen Weidenzweig. Und das Boot spülte vom Deck wie ein trockener Korfen, — Nachthaus mit Lampe und Kompaß gingen über Bord.

(Fortsetzung folgt.)

„Wollt ich nicht“, murmelte Tiet neben seiner Pfeife hervor.

Als Garm sich zurückstotete, erschraf er. Wöllich stieß er gegen einen menschlichen Körper, der am Boden lag, hörte Wimmern und Weinen. „Bist du das, Ott?“

„Mutter, Mutter,“ jammerte der Kleine.

Und das Wasser strömte gegen Garms Seetiefel, spritzte und sprülte ihm ins Gesicht, — und der Wind stieß ihm gegen die Brust. Er aber kämpfte sich bis zum Großmast durch, knotete die Lotleine von der Spreitlatte los und warf das Lot.

„Fünfzehn Faden!“ Sie trieben ab, dem Lande zu — langsam — aber stetig.

Tiet hörte es und rührte sich nicht. Unheimlich umquirlte und unglückte ihn die Schilflut. Der Kutter bäumte wie ein Pferd und schoß in die Tiefe wie ein Secht. Der Sturm winselte wie ein gefesselter Hund, die Taus knachten, die Sigbäume knarrten, und die Wellen häyten und klatschten in die Segel.

„Diergehneinhalb!“ Garm betastete das Lot, zitternd vor Frost und Furcht. Es fühlte sich glitschig und schmierig an. „Schludgrund!“ — Der Junge schrie auf.

„Junge, halt's Maul!“ blaffte Tiet ihn an.

„Mutter, Mutter, ich will an Land!“

Da setzte Tiet den Ruderstropp fest, band den Jungen los und trug ihn nach vorn in die Kock. Und mit Delred Südwestler und Seetiefeln froch Ott ins Bett, rollte sich zusammen wie eine Kage, weinte leise vor sich hin und erwartete das Ende. Als und zu stürzte ein Wasserguß durch die zertrümmerte Scheinlapppe, — dann schrie Ott laut auf wie ein Kind, das geschlagen wird.

Garm warf das Lot.

„Zwölf Faden!“ Er schrie es mit voller Kraft zu Tiet hinüber. Der aber blieb stumm wie zuvor. Unheimlich wurde es Garm unter seines Betters Schweigen.

Was wollte Tiet? Was dachte er? Was wollte er machen? Es gab ja keine Möglichkeit mehr. — Langsam trieb der Kutter dem Lande zu.

Ueber Stog gehen? Wahnsinn bei diesem Sturm. Der Kutter koppte wie ein Vinsenschiff.

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

„Sehn Faden!“

Dresdner Chronik
Wuchererzug

In einem Artikel in der Nummer vom 21. März übten wir Kritik an der Auslegung, die das Dresdner Wuchergericht dem Begriff Wucher gab. Diese Kritik war scheinbar nicht deutlich genug. Denn eine Tagung des kritischen Gerichtsvereingangs Freitag hat von neuem erwiesen, daß der Vorsitzende des Dresdner Wuchergerichts von Bedenkenswegen geleitet wird, wie sie nur ein Gegner einer strengen Wucherabänderung vertreten kann.

Zur Verhandlung standen zwei Fälle, in denen Erzeuger wegen zu hoher Preisforderung für Milch angeklagt waren. Im ersten Falle hatten die Erzeuger von Raditz durch gemeinsamen Beschluß die Milchpreise des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes als für sie ungünstig aufgehoben und durch willkürlich erhöhte Preise ersetzt. Der als „unparteilicher Sachverständiger“ vernommene Vorsitzende des genannten Kartells, Direktor Reuter, konnte in dieser Lebensrechnung der Marktpreise keine strafbare Handlung rücheln. Der Vorsitzende des Wuchergerichts trat dieser unerwünschten Auffassung bei. Die im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung zur Stärkung der Rechtssicherheit ergangenen Kundschreiben des Reichswirtschafts- und Justizministeriums, auf Grund deren eine Verurteilung erfolgen mußte, wurden unbeachtet gelassen. Resultat: Freispruch!

Noch merkwürdiger, die anwesenden Verbraucher geradezu aufzuregen war aber der Verlauf der nächsten Sitzung. Objekt war der Milchverkaufspreis der Erzeuger in Coffe Haus, die vom 16. November 1932 an 135 Mark für ein Liter forderten. Die Staatsanwaltschaft hatte als Sachverständigen für diese Frage ein Mitglied der Landespreisprüfstelle geladen. Der aus der Reihe der Angeklagten herausgerufene Erzeuger erklärte mit einem Vertreter des Landbundes als Verteidiger und drei Gegenfachverständigen. Es entspann sich bald eine lange Sachverständigen-Konferenz über die Frage, was darf der Erzeuger als angemessenen Handelszuschlag berechnen? Denn der Vertreter der Landespreisprüfstelle befand sich mit seiner Auffassung allein gegenüber vier Verteidigern des Angeklagten. Als der Vorsitzende des Wuchergerichts zum Ausdruck brachte, solange die Landespreisprüfstelle sich in dieser Frage mit den Vertretern der Erzeuger nicht einig, könne man nicht verlangen, daß der einzelne Landwirt die Grenze des Zulässigen (35 Mark Verzicht für die Milch und Kosten bei Ausgabe von einem Liter Milch), wendete sich der Sachverständige der Landespreisprüfstelle in scharfen Worten gegen diese subjektive Auffassung. Bei einer derartigen Einstellung des Gerichts, meinte er, sei es besser, einzupacken und den Verbraucher offen zu sagen, daß sie schuldig jeder Verwucherung ausgesetzt seien. Die Stellung des Wuchergerichts sei einfach unhaltbar. Es sei anstehend bereit, sein Urteil auf Aufschub aufzubauen, die von den betreffenden Gegenfachverständigen unter Eid gar nicht abgegeben werden dürften. Er trete hierfür den Bemerkungen an. Auf diese sehr deutliche Jurisdiktion hatte der Vorsitzende nur die Antwort: Wir sind doch auf solche Aussagen angewiesen! Resultat: Freispruch. Der Staat übernimmt alle Kosten des Verfahrens und der Verteidigung.

Es wird die höchste Zeit, daß in diese Zustände mit zurechnendem Besen hineingefahren wird. Wir empfehlen hierzu: a) dem Justizministerium: beschleunigte Neubestellung des Wuchergerichts vorstehenden und schnellste Benachrichtigung aller richterlichen Stellen, daß die Geschäftsstellen des Dresdner Wuchergerichts nicht den Anforderungen einer wirksamen Wucherbekämpfung entsprechen und sonach nicht geeignet sind, als Unterlage einheitlicher Rechtsprechung zu dienen;

b) dem Wirtschaftsministerium: in kommenden Zeiten die Preisbildung für Milch nicht in die Hände des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes zurückzugeben, da dessen Leitung betriebl. hat, daß sie ganz einseitig die Erzeugerinteressen vertritt und nicht einmal gewillt ist, die in diesem Kartell gefassten Beschlüsse zu vertreten.

Nur auf diesem Wege wird sich das Gericht, das jetzt geradezu als Wucherer sich zu betätigen arbeitet, in ein Wuchergericht verwandeln lassen.

Der Rosenthal-Prozess

Vor. Karl besahen Zusätzlichen begann am Montag vor der dritten Strafkammer der Prozes Rosenthal und Ges. Der Aufklärung des Tatbestandes sind neun Sachverständige und 81 Zeugen geladen. Vor Eintritt in die Verhandlung teilte der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Lehmann, mit, daß täglich bis nachmittags 5 Uhr Verhandelt werden soll. Der erste und zweite Verhandlungstag soll den Vernehmungen der Angeklagten gewidmet sein, der dritte Tag den Zeugen, der vierte Tag den Sachverständigen, während auf die übrigen Verhandlungstage die Plädoyers entfallen sollen. Der Staatsanwalt beantragte, zwei der von der Verteidigung vorgeladenen Sachverständigen nicht zuzulassen. Der Antrag wurde aber vom Gericht abgelehnt. Angeklagt in dieser Sache sind: Hofrat Kaufmann Fritz Rosenthal, 1868 in Dresden geboren, Hugo Paul Pfeiler, 56 Jahre alt, Kaufmann und Zeitungsvorleger, in Dresden wohnhaft, der 1888 zu Klaus an der Sarda geborene Kaufmann und Geschäftsführer Adolf Otto Wötcher und der aus Preußisch-Stargard kommende Kaufmann, früherer Professor Sall Saul, 40 Jahre alt, jetzt Mitinhaber einer Dresdner Großfirma. Rosenthal befand sich vom 28. Februar bis 16. Juli 1920, Pfeiler vom 15. Dezember 1920 bis 10. Januar 1921, Wötcher vom 15. Dezember 1920 bis 10. Juli 1921, Saul vom 15. Dezember 1920 bis 10. Juli 1921 in Haft.

Nach der Anklage haben sich die ersten drei Beschuldigten wegen übermäßiger Preissteigerung, Kettenhandels, ungenehmigten Handels mit Rüben, Tabakwaren und Futtermitteln, Saul wegen Beihilfe zu den erwähnten Delikten zu verantworten. Aus dem Eröffnungsbeschluss erfährt man, daß sich die Anklage anfangs auf weit über 200 Anklagepunkte erstreckte, es sind aber nur 25 Einzelfälle herausgehoben worden. In den zur Verhandlung stehenden Fällen handelt es sich um Geschäfte, die von den Beschuldigten im Jahre 1920 als Inhaber der Firma Warenhandelsfirma Wötcher u. Co. gemacht worden sind. Im einzelnen eritren sich die 25 Fälle auf Handel mit Daterfäden, Daterfäden, Mais, Weizenmehl, Kaugummi, gelbte Erbsen, China- und Japanerbsen, Weizenmehl und Rübenfaden. Ferner sollen die Angeklagten beim An- und Verkauf von 250 000 Goldbeden und 30 000 anderen Beden, Segeltuchornieren, Tornierketten des Kettenhandels schuldig gemacht und größere Angebote von Zigaretten gemacht haben. Hierbei wurden Vollen von 100 bis 200 Millionen Tsd. genannt.

Alle vier Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Rosenthal gab an, daß er nach Ausbruch des Krieges vom Oberbürgermeister Dautler aufgefordert worden sei, mit ihm das Dresdner städtische Lebensmittelamt zu organisieren. Ihm seien 500 M. Monatsgehalt angeboten worden. Er habe das Angebot aber abgelehnt, weil er sich nicht an feste Bureaukunden binden wollte. Er sei bis zur Revolution ehrenamtlich für das städtische Lebensmittelamt tätig gewesen. Dann habe

man ihm aber ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in sein Zimmer im Hotel zum Kronprinz gesetzt. Das habe ihm nicht gepakt. Für seine ehrenamtliche Tätigkeit habe er eine Reihe schmeichelehafter Briefe vom Oberbürgermeister Dautler und vom Minister Grafen Bismarck sowie mehrere Orden erhalten. Alle diese Briefe und Anerkennungs schreiben seien aber bei der Beschlagnahme seiner Korrespondenz „abhandelt“ gekommen. Der Angeklagte schildert dann, wie es zur Gründung der Warenhandelsfirma gekommen sei. Verblüfft kaffender Geschäftspartner war Wötcher, Gründungsstag der 7. März 1919.

Der Angeklagte Pfeiler bestritt im allgemeinen die Angaben Rosenthals. Er selbst sei viel gereizt, habe sich aber um einzelne Geschäfte nicht gekümmert, nur sei er einmal bei einem Rigarettengeschäft mit tätig gewesen. Er sei schon längere Jahre mit Rosenthal befreundet. Er sei sich keiner Schuld bewußt.

Wötcher war früher bei der Firma Samuel Rosenthal tätig, als diese eingang, war er beim Konfession Oskaden beschäftigt, um sich dann an der Gründung der W. G. G. zu beteiligen. Auch er bestritt die geschäftlichen Ausführungen Rosenthals.

Angeklagter Saul wurde bei Ausbruch des Krieges zum Meere eingezogen und geriet im Winter 1915 in französische Gefangenschaft, aus der er 1918 entließ. Als die Wehrden gegen die W. G. G. einschritten, war Saul erst vier Monate dort tätig. Er bestritt hauptsächlich die Vorkauf und besorgte den Einkauf. Er bestritt ganz entschieden, unfaire Geschäfte gemacht zu haben.

Spät nachmittags begann das Gericht mit der Besprechung der einzelnen Fälle. In drei Fällen handelt es sich um übermäßige Preisforderungen beim Verkauf von 200 Zentner Daterfäden, 20 800 Kilogramm Daterfäden und 680 Zentner Weizenmehl. Die Angeklagten bestritten, übermäßige Preise gemacht zu haben. In den übrigen 22 Fällen handelt es sich um Kettenhandel oder ungenehmigten Handel. Sämtliche Angeklagten bestritten, daß in allen Fällen in der in Frage kommenden Zeit keine Notmarktlage für die genannten Artikel vorgelegen habe. Der Ausschlag sei immer handelsüblich gewesen.

Nachmittags 5 Uhr 20 Minuten wurde die Verhandlung auf Dienstag verlag.

Baugenossenschaft Groß-Dresden

Am 8. Juni 1912 wurde die Baugenossenschaft mit 74 Mitgliedern gegründet und am 2. Januar 1913 wurde der erste Spatenstich zum Straßenbau und einem Häuserblock von 36 Wohnungen getan. Schon am 30. Juni 1914 waren alle 160 Wohnungen in Besitz mit den dazu gehörigen Straßenanlagen bezugsfertig hergestellt. Gleichzeitig wurden auch die Ziehungen Dresden-Ges. mit 30 und Burg mit 24 Wohnungen in Angriff genommen und bis 1915 fertiggestellt. Diese 24 Wohnungen kosteten damals 1 200 000 Mark. (Heute kostet eine Wohnung circa 2 000 000 M.) Durch den Ausbruch des Krieges waren Schmelzungen entstanden. Einmal, weil die Bauten teilweise unterbrochen werden mußten und weil fast zwei Drittel unster Mieter zum Weerdienst eingezogen wurden. War es schon von vornherein eine gemagte Sache, mit den geringen Betriebsmitteln an ein so großes Projekt heranzutreten, so wurde dieser Zustand durch die durch den Krieg hervorgerufene Zahlungsunfähigkeit der Mieter nicht gebessert. Jahreslang mußte mit Wechseln gearbeitet werden.

1919 wurde die Bauzinslosigkeit mit Hilfe öffentlicher Mittel wieder aufgenommen. Gegenwärtig sind 307 Wohnungen erstellt, und zwar in Preital-Burg 174, in Dresden-Ges. 80, in Burg 55, in Kleinnaumburg 19, in Grobsta 6, in Dippoldiswalde 8, in Schmiedeberg 12, in Altenberg 8 und in Gottweiba 4. Neben all dem, wirtschaftlich und sparsam gebaut worden, nur von Gottweiba, wo der ausführende Baumeister verlagte, kann dies nicht berichtet werden. — Im Berichtsjahre wurde Grobsta fertiggestellt und neu begonnen Gottweiba, Burg und Schmiedeberg mit je 4 Wohnungen. Bislang wurde bereits im November, Schmiedeberg im Dezember fertig. Gottweiba später.

Die Mieter müßten jedes Vierteljahr den erhöhten Ausgaben angepaßt werden. Nicht immer wurde hierbei das nötige Verständnis von den Mietern entgegengebracht. In letzter Zeit hat sich dies gebessert. Der Mieteraustausch wurde der Mietentfessungen und größeren Reparaturen immer hinzugefügt. Neben Maßnahmen zur Niedrighaltung der Mieten wurde wiederholt verschandelt und Einrichtungen mit Erfolg getroffen. Weitere Sparmaßnahmen sollen noch dadurch erzielt werden, daß die Geschäftsführung nicht mehr berufsmäßig ausgeübt werden soll. Die Erfahrung wird ergeben, inwiefern letzteres der Baugenossenschaft zum Vorteil gereicht.

Vorhand und Geschäftsführer waren im Berichtsjahr fast in Anspruch genommen. Die fortgeschrittenen Verzeierungen erforderliche fortgesetzte Verhandlungen und sorgfältige Nachprüfungen, was den Geschäftsbetrieb belastet, und zwar im Hausbetrieb, wie in der Bauabteilung. Aus Sparmaßnahmsrücksichten sind die Hilfskräfte auf äußerste beschränkt worden. Eine Reihe Abrechnungsarbeiten kann daher erst im neuen Geschäftsjahre erledigt werden. Nur wenige ausgeführte Aufschubarbeiten hat bis jetzt endgültig abgezeichnet.

Nach ein großer Teil von Mitgliedern wartet auf Wohnung. Reiter sind die Aussichten im neuen Geschäftsjahr die denkbar ungünstigsten. Arbeitgeber haben jetzt durch die Inflation eingetretene Geschäftsnotung mit Beihilfen zurück. Die Bauabgabe wird nicht auf die richtige Höhe gebracht. Die Aufgabe muß es aber noch wie zuvor sein, neue Wohnungen zu schaffen. Dazu ist es aber auch notwendig, daß alle Mitglieder mit daran arbeiten, auch die, die bereits eine Wohnung haben.

Ein Liebesdrama

Der 31jährige Schloffer Martin Karl Wentz war vom Schöffengericht Borna am 6. Februar wegen Tötung auf Verlangen zur geschäftlichen Mindeststrafe von 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dagegen hatte er Berufung eingelegt. Die Sache wurde nun vor der 4. Strafkammer des Dresdner Landgerichts in zweiter Instanz verhandelt.

Wentz verheiratet mit einer Kassierin Karpat. Wegen ihres Lebenswandels war es schon zu heftigen Differenzen und Lösung des Verhältnisses gekommen. Kurz nach der Ehescheidung hatten sich beide wieder ausgetrennt. Eines sonnabends hatte Wentz an einem Badenvergnügen teilgenommen und nach Witternand noch in anderen Badeorten herumgesehen. Gegen 2 Uhr morgens tauchte auch die Karpat auf, die wieder im Caroladabediente. Auf ihr Witten begleitete sie Wentz in ihre Wohnung. Die K. war anlässlich des Lebens überbrüht geworden und hatte auch ein großes Küchenmesser mitgebracht. In der Wohnung waren beide einig geworden, gemeinschaftlich aus dem Leben zu scheiden. Wentz verheiratete die Karpat und öffnete die Gasleitung. Nach einer Viertelstunde habe ihn die Karpat wieder gemerkt und gebeten, das Gas abzuschließen mit dem Bemerken, sie wollten noch ein bißchen weiterleben. Wentz habe den Wunsch sofort erfüllt und will auch gestillt haben. Wegen seiner großen Müdigkeit habe er sich aber wieder schlafen gelegt. Als er erwachte, habe die Karpat tot neben ihrem Bett gelegen. Der Angeklagte sei darüber so erschrocken gewesen, daß er zu dem Entschluß kam, nun auch zu sterben. Er habe die Gasleitung wieder geöffnet und auf seinen Tod gewartet. Inzwischen war der Hauswirt auf den Gasgeruch aufmerksam geworden, hatte den Hauptbahn geschlossen und die Polizei benachrichtigt. Letztere drang in das Zimmer ein, Wentz konnte noch gerettet werden, wurde aber später in Haft genommen. Nach diesem Sachverhalt kam das Schöffengericht zu obigem Urteil.

In der Verurteilungsverhandlung stellte der Angeklagte die Sache genau so dar. Der Vorsitzende bemerkte, daß dem Kaugenblick an, wo W. den Gasahn wieder geschlossen habe, eine Tötungsabsicht nicht mehr bestand. Wenn die K. später unter der Einwirkung des noch vorhandenen Gases verstorben sei, könne

Angeklagter nicht nach § 216 bestraft werden. Das Berufungsgericht hob das erste Urteil auf und erkannte wegen fahrlässiger Tötung auf 10 Monate Gefängnis.

Ruhestandsbesätze

Amlich wird uns mitgeteilt: Den im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Geistlichen (dies, soweit sie im Staatsdienste angestellt waren) und Lehrern sowie ihren Hinterbliebenen wird in der nächsten Zeit der Betrag der ihnen im Kalenderjahr 1938 gezahlten Versorgungsgebühren und des davon bewirkten Steuerabzugs durch die Bundeshaupkasse mitgeteilt werden. Hierbei wird ihnen auch die Art und Höhe ihrer Versorgungsgebühren für April sowie Näheres über die Höhe der für April und Mai gemachten Sonderzahlungen bekanntgegeben werden. Die Versorgungsberechtigten haben den zuständigen Rechnungsdirektoren jederzeit sofort alle Veränderungen mitzuteilen, die auf den Bezugs ihrer Gehälter von Einfluß sind. Näheres hierüber ist aus der jedem einzelnen demnächst zugehenden Benachrichtigung zu erfahren. Versorgungsgebühren, die infolge Nichtbeachtung bestehender Bestimmungen überhöht worden sind, müssen im Regelfalle von künftigen Gehältern getilgt werden. Die beteiligten Versorgungsberechtigten haben übrigens, soweit dies noch nicht geschehen ist, ihre Steuerbücher für 1933 baldigt an die Bundeshaupkasse einzuliefern.

Sperr Wasser

In Friedbergellen gingen auch die paar Pfennige, die für ein Kubikmeter Wasser im Hausgebrauch zu zahlen waren, bei der Berechnung ins Geld. Tatsächlich wurde sehr viel Wasser verplant. Heute müssen die Mieter die gesamten Wasserkosten aus der eignen Tasche bezahlen. Deshalb hat aber das Vespiansehen noch lange nicht aufgehört. Es besteht fast nirgends so viel Gemeinheitsgefühl, daß ein Nachbar dem andern unnötige Kosten erspart. Früher kontrollierte der Hauswirt. Heute hat er kein Interesse daran, hier und da Maßnahmen zu ergreifen. Eine Kontrolle der einzelnen Mieter läßt sich ja nicht durchführen und würde auch viel Ärger verursachen. Obendrein ist eine gerechte Verteilung der Kosten nach dem Wasserverbrauch des einzelnen Mieters nicht durchzuführen. Frau Müller benutzt aller 3 Wochen die Waschküche, während Frau Schulze die Wäsche aus dem Hause gibt. Gastwirte, Schächler, Friseur, Mieter mit eignen Badezimmern, verbrauchen das Wasser mehr als der andere Einzelmieter, können aber zu erhöhtem Kostenanteil nur auf Antrag des Vermieters herangezogen werden. Nur eins könnte helfen, die Wasseruhr in jeder Wohnung, aber so ein Ding ist heute im Preise der Mieter unerschwinglich. Also muß es bei der Wohnung bleiben: im Interesse aller zu sparen!

Zum Adress des Bürgermeisters Dr. Kregschmar Untr. Meldung wird jetzt durch nachstehende Mitteilung der Stadthauptkasse bestätigt: Herr Bürgermeister Dr. Kregschmar hat seine Verlegung in den Ruhestand für den 30. Juni d. J. nachgelassen. Sein Weidheitsaufwand, der den verdienstvollen Leiter des städtischen Finanzamtes in den letzten Jahren bereits zweimal zu längerer Unterbrechung seiner beamtenamtlichen und unter den heutigen Verhältnisseverhältnissen besonders aufreißenden Tätigkeit gezwungen hatte, zwingt ihn zu diesem Entschluß, der von der städtischen Verwaltung als schwerer Verlust empfunden wird.

Keine Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserpreise. Für die 1. Einhebungsperiode 1938, die den Verbrauch von der Anfang April 1938 an erfolgten Standaufnahme der Messer umfaßt und Anfang Mai 1938 beginnt, tritt keine Erhöhung der Preise ein. Sie betragen daher: für Lichtstrom 1000 M. für Kraftstrom (Kieberspannung) und Kraft-Gleichstrom 600 M. für Kraftstrom (Hochspannung) 800 M. für 1 Kilowattstunde; für Gas 600 M. für 1 Kubikmeter und für Wasser 400 M. für 1 Kubikmeter. Für die Gemeinden Weißig, Ullersdorf und Großer Mannsdorf beträgt der Wasserpreis vereinbarungsgemäß 600 M. für 1 Kubikmeter.

Alle Elternratsmitglieder werden auf die vom Dresdner Lehrerverein veranstaltete Versammlung Donnerstag den 26. April in der Turnhalle der 46. Volksschule (Verzahlschule), Georgplatz 5, mit dem Vortrage des Lehrers Rilde, 20. Volksschule, über die pädagogische Erziehung der Volksschuljugend hingewiesen. Sie muß infolge der durch beschriebene Vorkäufnisse beschränkten Zeit pünktlich 7 Uhr beginnen und soll, auch durch die Aussprache, Gelegenheit dazu bieten, daß Jugendspiel, Wanderungen und Schwimmen im Rahmen des Unterrichts unter der Elternschaft noch mehr Wirksamkeit als bisher erfahren.

Ein Millionenbeträger wird von verschiedenen Staatsanwaltschaften und Kriminalbehörden bestreift gesucht. Es ist dies der 1900 zu Dresden-Lößau geborene, zuletzt bei seiner Mutter in Weidhölla wohnhaft gewesene Optiker und frühere Referatsoffizier Herbert Witz, der sowohl unter eigenem wie auch verschiedenen andern Namen aufgetreten ist. So nannte sich fraglicher Witz, der vor einiger Zeit bereits einmal in Berlin festgenommen worden ist, aber dort wesentlich wieder entlassen wurde, unter andern Namen, Herz Dr. Köhler, Burg, Rupp, Bernmann, Dr. Singer, Blod, von Champignon, Köhner usw. Der Betrüger dürfte im Besitz großer Geldmittel sein, die zum Teil aus unterschlagenen Mitteln der Edukationskassen stammen. Witz ist 170 Zentimeter groß, dunkelblond und bartlos.

Verhaftung eines Betrügers. Der 1897 zu Dresden-Stöckch geborene, wiederholt vorbestrafte Schuhmacher Hugo Bruno Dreßler, wurde von der Polizei in Juidau festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugewiesen. Dreßler trat in der letzten Zeit als Beauftragter und Helfer der Inneren Mission auf, um scheinbar Mitglied zu werden und Beiträge zu sammeln, aber er suchte Angehörige von Straflagungen aus mit denen er in Wägen oder gehobener Straße verfuhr. In solchen Fällen erschwindelte er sich, je nach Lage der Verhältnisse, entweder Geld oder Kleidungsstücke. Aber auch größere Verführungsbetrügereien verübte Dreßler, er versprach aus Nachlässen Möbel, Wäsche und dergleichen Dinge zu liefern. Dreßler ist in Dresden und Umgebung, in Weiden, Reipzig, Kohnheim, Weismig, Borna, Wylau und deren Umgebungen oft mit großem Erfolge aufgetreten. Die zuständigen Kriminal- und Polizeibehörden sind mit umfangreichen Ermittlungen beschäftigt, es ist nicht ausgeschlossen, daß Dreßler noch weitere ähnliche Verbrechen verübt hat, worüber Anzeigen bisher nicht erstattet worden sind.

Kaufhausbrand. Der in Weiden wohnhafte Kaufmann und Inhaber einer Eisenwarenhandlung Markus Sahn besitz auch in Dresden ein Abstellquartier. Vor einiger Zeit war er hier angehalten worden, als er Kugeln und Korbänder dahing wolle. Die dritte Strafkammer verurteilte ihn wegen Kaufhausbrandes zu einem Monat Gefängnis und einer Million Mark Strafe.

Hohe Belohnung. Am 20. April sind nachmittags einem Schuhmachermeister auf der Reiziger Straße, während er zur Bewachung eines Hundes auf einige Augenblicke den Boden verließ, ein Paar brauneleberne Herrenhalbschuhe abhanden gekommen. Für deren Wiederherstellung sichert der Verlustträger hohe Belohnung zu. Sodienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalabteilung Mohrmahlerstraße entgegen.

Diebstahl eines wertvollen Bilder. Sonntag den 8. April wurde in Frankfurt a. d. O. aus dem dortigen Museum ein doppeltes Bildnis, die heilige Barbara darstellend, im Werte von 2 Millionen Mark gestohlen. Das Bild ist auf Holz gemalt und zeigt auf der Vorderseite die heilige Barbara auf Goldgrund mit rotem Mantel, einen weißen Turm in gotischem Stil haltend. Die Rückseite zeigt eine Zeitige in grauer Untermauerung auf weitem Steingrund mit solartierem Antel. Das Bild befindet sich in einem einfachen schwarzen Rahmen unter Glas.

Zepplidiebstahl. Am 21. April in den Vormittagsstunden wurde aus einem Treppenhause in der Worschaft-Allee in Vorstadt-Großwitz ein echter Hertersteeppel (Stiefe), 800x90 Zentimeter groß, bunt gefärbt, im Werte von 1 Million Mark gestohlen. Als Täter kommen die gestern im Volksgericht bekanntgegebenen beiden unbekanntes Kradfahrer und Einzelfahrende in Frage. Vor

Ankauf wird gemurnt. Der Posthosen hat für Wiedererlangung des Rechts 50 000 M. Verleugung zugesichert.

Einbrecher festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurden drei von auswärts zugewandene Einbrecher...

Bezirksmeierauskunft Dresden-Ken- und -Oppelvorstadt. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Meierräte...

Plenarversammlungen Kaspertheater. Mittwoch (4 1/2) gelangt im Palmgarten zur Aufführung: Kaiser und der menschentreuende...

Arbeiter-Sperantisten. Der Vorbildungskursus für Arbeiter-Sperantisten beginnt Mittwoch den 25. April...

54. Volksschule, Wallwitzstraße. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Elternvereinsung für die freie Schule...

Dresdner Umgebung

Wetterwitz. Heute Dienstag, 8 Uhr, Elternversammlung in der Schule, Zimmer 4, T.O.: Elternratsfragen...

Omschwitz. Gemeinderat. Genosse Wurgard ist von der Amtshauptmannschaft als Gemeindevorsteher bestätigt worden...

Die Dresdner Arbeiterjugend. Der Bund der deutschen Arbeiterjugend hat am 4. April vom Reichsverband für den Freistaat Sachsen...

Aus dem Parteileben

Gr. Z. Mittwoch, abends 8 Uhr, in den Annenwälden (Heiner Goll), Fischhofplatz, wichtige Sitzung.

Arbeitergemeinschaft sozialistischer Justizbeamter. Donnerstag, abends 8 Uhr, Besichtigung der Einrichtungen des Konsumvereins...

Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer von Dresden und Umgebung. Die nächste Sitzung findet erst am 4. Mai statt...

4. Unterbezirk

Dresden-N. Gruppen 1 bis 6 und Waldschlitz. Morgen Mittwoch, ab 6 Uhr abends, im Wäldchen Garten...

5. Unterbezirk

Gruppe 5, Reichsstraße. Vorstandssitzung Mittwoch den 25. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Restaurant...

6. Unterbezirk

Rinderhufkommission Reubitz. Mittwoch Wanderung ins Pösch. Treffen 9 Uhr am Erdmühl. Proviant ist mitzubringen...

Rinderhufkommission Cotta, Briesnig-Deutewitz. Donnerstag bei schönem Wetter Spaziergang. Stellen: Cotta 3 1/2 Uhr...

Gruppe Cotta. Die Genossen und Genossinnen begeben sich am 1. Mai geschlossen von Cotta nach dem Stellplatz...

Bezirk 17, Briesnig-Deutewitz. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, wichtige Verwaltungssitzung im Gasthof Reutewitzer Höhe.

Brauen. Mittwoch, 6 1/2 Uhr, Fortsetzung der Geschichte des Sozialismus. Genosse Grösch wird in seinem 4. Vortrag sprechen...

Bezirk Cotta. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Gasthof Cotta. Genosse Reubitz spricht über...

Rinderhufkommission Crotzen, Bruns, Blafewitz. Morgen Mittwoch bei schönem Wetter Selbstwanderung. Stellen der Rinder...

Betriebsvertrauensmänner- und Parteifunktionäre-Konferenz

Samstag den 23. April, abends Punkt 7 Uhr, in der Kurhalle der 46. Volksschule, Dresden-N., Georgplatz.

Rechtsgutachten Dr. Herr, Berlin, spricht über: Streikverbot im Reichsgebiet und die Sozialdemokratie. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage...

Bewerkschaftsbewegung

Der Kampf im Saargebiet

Der Bergarbeiterstreik im Saarrevier dauert bereits annähernd ein Vierteljahr. Die Vorgänge im Ruhrgebiet nehmen in so hohem Maße unser Interesse in Anspruch...

Die Bergarbeiter sind durch den Streik noch viele andere Arbeiter in Misere versetzt. Die Pläne der Gewerkschaften, alle Drohungen und alle Verteilungen zum Streikbruch...

Die vier beteiligten Organisationen, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, der Deutsche Metallarbeiterverband...

Internationale Solidaritätskundgebung

Der französische Metallarbeiterverband fasste an die Metallarbeiter Deutschlands folgende Entschliessung: Das Exekutivkomitee des französischen Metallarbeiterverbandes...

Es legt Wert darauf, die deutschen Kameraden wissen zu lassen, daß der Verband seit dem Waffenstillstand nicht aufgehört hat, gegen die Gewaltpolitik zu protestieren...

Das Exekutivkomitee protestiert gegen diese Verneinung des Rechts und der nationalen Unabhängigkeit eines Volkes...

Es erklärt sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch, die gegen das militärische Joch kämpfen und mit vollem Recht die Freiheit ihrer Arbeit verteidigen.

Das Exekutivkomitee wünscht namentlich dem deutschen Proletariat gegenüber mit allem Nachdruck zu betonen, daß diese Gefühle stets vorhanden waren und von allen in der Confédération Générale du Travail...

Er stellt neuerdings fest, daß einzig die von der internationalen Arbeiterfront verteidigte Lösung imstande ist, die Ruinen, die der Krieg hinterlassen hat, wieder aufzubauen...

Tarifbewegung im Schuhmacherhandwerk im Freistaat Sachsen

Ein Kuriosum bilden die Verhandlungen zum Landeslohntarif für das Schuhmacherhandwerk im Freistaat Sachsen. In der ersten Verhandlung der Gehilfenvertreter mit dem...

Da über alle anderen Bestimmungen des Vertrages — außer den beiden obengenannten — Uebereinstimmung zwischen den Parteien herrschte, beantragte der Zentralverband der Schuhmacher beim Schlichtungsausschuß Dresden Entschloßung über die noch...

Die über alle anderen Bestimmungen des Vertrages — außer den beiden obengenannten — Uebereinstimmung zwischen den Parteien herrschte, beantragte der Zentralverband der Schuhmacher beim Schlichtungsausschuß Dresden Entschloßung über die noch...

Verhandlungen. Diese fanden am 17. April statt und wurden von dem Verlangen der Arbeitnehmer eingeleitet, am Vorhitz paritätisch beteiligt zu sein. Die Arbeitgeber aber lehnten dies Verlangen ab...

Im übrigen aber erklärten die Arbeitgeber, daß die zuletzt gepflogenen Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien nicht als Verhandlungen angesehen werden könnten, da man seitens der Arbeitgeber keine Vollmachten gehabt habe...

Wie wir nachträglich hören, hat der Sächsische Schuhmacher-Innungsverband in derselben Sitzung in Abwesenheit der Gehilfenvertreter beschlossen, ab Montag den 16. April den Spitzenlohn...

Deutscher Bauergewerksbund

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß die Reichsverbändlichkeit des am 4. April vom Reichsverband für den Freistaat Sachsen...

Als Begründung für die Ablehnung führt der Staatskommissar an, daß die bisher gezahlten Löhne im Monat April allgemein gehaltener Löhne erheblich überstiegen, dies sei besonders im Verhältnis zu den dem Freistaat Sachsen benachbarten Großstädten...

Der Bund der deutschen Angestellten und Beamten. Das Sachse, teilt mit, daß in einer Verhandlung vor dem Staatskommissar für Demobilisierung...

Wählern. Teilnehmer am Betriebsratwahltag. Am Montag Bruns und Schlichtungsausschuß. Der Kuriosum findet am Freitag ausnahmsweise Mittwoch den 23. April zur gewohnten Zeit statt.

Der Bund der deutschen Angestellten und Beamten. Das Sachse, teilt mit, daß in einer Verhandlung vor dem Staatskommissar für Demobilisierung...

Der Bund der deutschen Angestellten und Beamten. Das Sachse, teilt mit, daß in einer Verhandlung vor dem Staatskommissar für Demobilisierung...

Der Bund der deutschen Angestellten und Beamten. Das Sachse, teilt mit, daß in einer Verhandlung vor dem Staatskommissar für Demobilisierung...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Gruppe Kerschütz. Unser Gruppenabend findet jetzt nicht mehr Mittwoch, sondern Donnerstag statt.

Aus dem Wirtschaftsleben

Der Dollarkurs ist von der höchsten Stufe, die er bei der Kauffe der letzten Woche erreicht hatte, wieder herabgesunken. Ob es aber der Reichsbank wieder gelingen wird, ihn auf seine frühere Höhe herabzubringen, bleibt abzuwarten. Schon seit längerer Zeit war die Nachfrage nach Devisen eine erhebliche gewesen, zuletzt mußte schließlich die Reichsbank täglich eine Million Pfund Sterling ausgeben, was rund 10 Millionen Goldmark, an Devisen abgeben und deshalb hat sie schließlich darauf verzichtet, den Devisenbedarf voll zu decken, was das starke Herabgehen der Kurse zur Folge hatte. Es ist schon mehrfach davon die Rede gewesen, daß von gewissen industriellen Kreisen bereits auf eine neue Devisenkaufleihe hingearbeitet wurde. Wie wenig die Kunde vom Großkapital daran denken, im Interesse des deutschen Volkes die Stützungsaktion der Reichsbank zu unterstützen, geht daraus hervor, daß immer noch in großen Umfange Devisen gehandelt und zurückgehalten werden. In einer Konferenz der Bankvertreter beim Reichsbankrat wurde im inländische Devisenbedarf auf 1 1/2 Milliarden Goldmark und der inländische Bedarf an Exportkrediten auf 1 1/2 Milliarden Goldmark geschätzt worden. Es würde sich daraus ergeben, daß wir einen Bestand von

ihre Rohstoffbasis, die sich durch die Aufnahme von Lauchhammer im vorigen Jahre bis zum Stahl und zur Braunkohle erstreckte, bis zur Steinkohle und zum Eisen. Die obersteleische Eisenindustrie, A.-G., wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 300 Prozent und die Linde-Hofmann-Lauchhammer-Aktiengesellschaft 340 Prozent Dividende zahlen. Der Generalversammlung der Linde-Hofmann-Lauchhammer-Aktiengesellschaft wird eine Erhöhung des Aktienkapitals um 300 Millionen Mark vorgeschlagen werden. Linde-Hofmann hat dann ferner die Mehrheit der Archimedea-Aktiengesellschaft in Breslau erworben, welche Schrauben- und Nietenfabrikation in Breslau und Berlin betreibt. Die Archimedea-Aktiengesellschaft ist Anfang des Jahres eine Interessengemeinschaft mit einer Düsseldorf Aktienhütten-Gesellschaft eingegangen und hat noch zwei andere westliche Firmen in ihren Interessenskreis gezogen. Als erste von untern Großbanken veröffentlicht

3 Milliarden Goldmark ausländischer Zahlungsmittel
haben. Nun hat Deutschland im ganzen eine Einfuhr von 5 Milliarden Goldmark und es ist nicht anzunehmen, daß wirklich ein so hoher Goldmarkbestand notwendig wäre, damit sich die Einfuhr gut verkaufen kann. Aber die Herren Devisenbesitzer rechnen eben damit, daß schließlich doch die Devisen wieder einmal erheblich steigen werden und halten sie deshalb zurück. Wie die Regierung angekündigt hat, soll jetzt den Devisenbesitzern die Pflicht auferlegt werden, ihre Bestände anzumelden. Aber mit der Anmeldung dürfte nicht viel gewonnen sein, solange keine Pflicht zur Anlieferung aller Devisen besteht. Die Meinungen darüber, ob es zweckmäßig und unter den heutigen Umständen möglich sei, wieder zu einer vollständigen Devisenzentrale überzugehen, um die Devisenzentrale errichten sollte, sind bei den Sachverständigen geteilt. Allgemein aber wird die Meinung vertreten, daß die starke Vermehrung unseres Papiergeldumlaufes, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, mit dazu beigetragen hat, die Stützungsaktion der Reichsbank zu erschweren. Es wird geäußert, daß die Reichsbank stärkere Kreditbeschränkungen vornimmt und ihren Bankdiskont erhöht, damit es den Devisenbesitzern erschwerter wird, ihre Devisenbestände festzuhalten. Natürlich ist eine solche weitere Diskontenerhöhung eine starke Belastung für unsere Wirtschaft, für jeden, der gezwungen ist, mit Kredit zu arbeiten, erhöhen sich die Lasten, und auch die öffentlichen Körperschaften, Staaten und Gemeinden sind dann gezwungen, für das von ihnen geliehene Geld höhere Zinsen zu zahlen. Aber auch wenn alle finanzpolitischen Maßnahmen getroffen werden, die zur Fortführung der Stützungsaktion notwendig sind, so alle vorläufig die Zeit der Stabilisierung, auch wenn sie noch einige Wochen oder Monate fortgesetzt werden kann, nur eine Atempause, wenn wir nicht invidien eine gründliche Umkehrung der ganzen Wirtschaftslage Deutschlands herbeiführen können. Man muß unter allen Umständen mit der Möglichkeit rechnen, daß der Reichsbank eines Tages der Atem ausgeht und sie ihre Stützungsaktion nicht fortführen kann. Viel gehalten wäre natürlich mit einer wirtschaftlich erträglichen Neuorganisation der Wiedergutmachungsfrage, aber auch dann würde uns die Aufrechterhaltung einer stabilen Währung sehr schwer sein, solange wir noch eine passive Handels- und Zahlungsbilanz haben. Das Ergebnis der deutschen

Die Berliner Handelsgesellschaft
ihre Abrechnung. Die Handelsgesellschaft unterscheidet sich von den anderen Großbanken dadurch, daß sie ihren Betrieb streng konzentriert hat und nicht, wie die übrigen Großbanken, ein ausgebreitetes Netz von Filialen besitzt. Vor allen Dingen ist sie Bankier für die Großindustrie, und sie ist auch die einzige Bank, die ihr Aktienkapital in den letzten Jahren nicht erhöht hat und immer noch mit einem Friedenskapital von 110 Millionen Mark arbeitet. In den veröffentlichten Zahlen spiegeln sich die Wirkungen der fortwährenden Geldentwertung. Der Reingewinn, der im Vorjahre 61,9 Millionen Mark betrug, beläuft sich in diesem Jahre auf 680 Millionen Mark. Es wird eine Dividende von 200 Prozent verteilt, gegen 16 Prozent im Vorjahre. Ein Drittel der Aktien der Berliner Handelsgesellschaft befindet sich in dem Besitz des Herrn Stinnes, der sich aber vor kurzem mit dem Leiter der Berliner Handelsgesellschaft, Carl Fürstenberg, verständigt hat. Zwei Vertreter des Herrn Stinnes sollen in den Aufsichtsrat der Bank gewählt werden. In München ist eine neue Großbank,

die Südnord-Bank, A.-G.
mit einem vorläufigen Kapital von 225 Millionen Mark gegründet worden, in Berlin, in Rannheim sollen Zweigniederlassungen errichtet und dabei das Grundkapital auf eine Milliarde Mark erhöht werden.
In Berlin existiert eine deutschösterreichische Bank, die augenblicklich eine G. m. b. H. ist, die sich jetzt aber in eine Aktiengesellschaft verwandeln und dabei ihr Kapital auf 80 Mill. Mark erhöhen will. Die Bank ist ein politisches Unternehmen. Eine bestimmte Maß übersteigende Dividende soll nicht gezahlt werden dürfen, sondern vielmehr der darüber hinaus verbleibende Gewinn zur Unterstützung des Mittelstandes und zur Förderung nationaler, besonders deutschösterreichischer Ziele verwendet werden. Es werden sich wohl nicht allzu viele Patrioten finden, die bereit sind, der Bank Geld zur Verfügung zu stellen, sind wir doch auch gewohnt, daß auch sehr nationale Leute darauf Wert legen, daß sie tüchtig verdienen, und eine Bank, die von vornherein die Dividende begrenzt wird daher nicht allzu viel Unterstützung finden. Wir brauchen also nicht zu fürchten, daß die Bank eine bedeutende Stütze der deutschösterreichischen werden wird. Die

Deutsche Erdöl-A.-G.
veröffentlicht jetzt den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr. Es sollen 400 Prozent Dividende verteilt werden. In dem Geschäftsbericht werden Angaben über die Ausdehnung der Gesellschaft gemacht. Es wird unter anderem berichtet, daß in Wietze der zweite Oelkessel so weit fertiggestellt wurde, daß er bereits seinen Proben übergeben werden konnte. Die deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft ist an einer ganzen Reihe anderer Unternehmen beteiligt, so z. B. bei der Flug-Aktiengesellschaft in Dortmund, bei der Bachmann-Kompagnie in Düsseldorf, ferner hat sie sich neu beteiligt bei zwei Schiffsbaunternahmen. Ihre Tochterunternehmen in Mexiko und Argentinien haben Fortschritte gemacht.

Sachsenwerk, Licht- und Kraftwerke A.-G.
werden für das vergangene Jahr eine Dividende von 50 Prozent auf die Stamm- und von 7 Prozent auf die Vorzugsaktien verteilen. Es soll ferner den Aktionären ein Bezugsrecht für neue Aktien eingeräumt werden, und zwar in der Weise, daß auf jeden einjährigen Dividendenchein eine Aktie über 1000 M. und auf jeden halbjährigen Dividendenchein eine Aktie über 500 Mark entfällt, und zwar erhalten die Aktionäre die Aktien zu 100 Prozent. Es werden also für die verhältnismäßig niedrige Dividende von 50 Prozent durch ein wertvolles Bezugsrecht entschädigt.

Die russische Handelsstatistik
weist zum erstmaligen für den Monat Februar eine aktive Handelsbilanz auf. Menge und Wert der Einfuhr haben im Februar abgenommen, hingegen hat die Ausfuhr zugenommen. Im Dezember hatte sie den Wert von 4 833 000 Friedensrubel und im Februar den Wert von 6 084 000 Friedensrubel. Die Wertigkeit der Bilanz erklärt sich in erster Reihe aus der Getreideausfuhr. Es wäre natürlich von der größten Bedeutung, wenn Russland in absehbarer Zeit wieder in größerem Umfange als Ausland auf dem Weltmarkt erscheinen könnte. Das Land würde dann auch eine höhere Kaufkraft haben und die deutsche Industrie würde ein wichtiges Absatzgebiet wiedergewinnen können.

Fortschritte des Arbeiter-Sängerbundes
Der Gau Ostachsen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes hielt am 8. April seine ordentliche Generalversammlung in Weihen ab. Die fünf Bezirke Dresden, Plauenischer Grund, Pirna, Weihen und Oberlausitz waren durch 20 Vertreter vertreten. Der Gau hat seit 1920 eine Zunahme von 81 Vereinen mit 6312 Mitgliedern zu verzeichnen und besteht zur Zeit aus 188 Vereinen mit 8886 männlichen, 3724 weiblichen Mitgliedern, 4804 nichtingenieur, zusammen 17 984 Mitgliedern. Die stärkste Zunahme hat die Oberlausitz aufzuweisen. In der Veranschaulichungsfrage, der inneren Verfestigung und Ausbildung sind in allen Bezirken gute Fortschritte gemacht worden und gute leistungsfähige Chöre entstanden. Der Mangel an tüchtigen Dirigenten ist auch für die ländlichen Vereine dadurch behoben, daß sich die Leiter jetzt auch den Arbeiter-Sängervereinen zur Verfügung stellen. Bedauerlich ist es, daß noch in größeren Orten keine Arbeiter-Sängervereine bestehen, ja sich sogar noch neu bilden, denen jede Leistungsfähigkeit abzuspuchen ist, die aber trotzdem gegen jede Verschmelzung sind, weshalb auch einigen solchen Vereinen die Aufnahme verweigert werden mußte. Dem Aufnahmeversuch der Volksgesangvereine in Doersden mit Genehmigung ermäßigter Bundesbeiträge bei Verzicht auf die Pflichtbeiträge konnte nicht stattgegeben werden, da es im Deutschen Arbeiter-Sängerbund keinen Verein gibt, der in der Beitragszahlung eine Ausnahmestellung einnimmt. Bei der Heberlassung von Schulräumen zu Gesangsübungen an Arbeiter-Sängervereinen zeigen die Behörden in den meisten Orten weites Entgegenkommen. Dagegen verhält sich der Staat zu Dresden ablehnend. Ein Besuch vom 27. Januar blieb ohne Beachtung. Auf Grund der Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeiter-Sängervereine durch andere Staaten Deutschlands wurde auch vom Gau Ostachsen ein Besuch an das sächsische Ministerium des Innern eingereicht, auf das jedoch ablehnender Bescheid erfolgte. Gegen diesen ablehnenden Bescheid erhob die Versammlung eine einstimmig Protest und be-

schloß, denselben der öffentlichen Meinung und unsern beiden Landtagsfraktionen zu unterbreiten.
Zum geschäftsführenden Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt: Vorsitzender: Carl Betschmann, Dresden, Seilerstraße 1, 11. Kassierer: Otto Barthel, Dresden, Reissdorfer Straße 111. Schriftführer: Otto Barthel, Dresden, Reissdorfer Straße 68, 11. Vorsitz: Gustav Heban, Freital, Marktstraße 2, 11. Georg Heintze, Dresden, Friedrichstraße 31, Franz John, Weihen, Johannesstraße 34, Gustav Kühnel, Feuersdorf, Heimstättenhaus 3, Emil Weiler, Freiberg, Silberhofsstraße 84, Adolf Stern, Paul Gahler, Rabenau, Joseph Stinner, Pirna, und Hermann Wagner, Weihen. Für den Unterbezirk Freiberg wurde ein selbstständiger Bezirk errichtet. Als Delegierte zur Bundes-Generalversammlung wurden Franz John, Weihen, und Gustav Kühnel, Feuersdorf, gewählt.

Faschismus und italienische Gewerkschaftsbewegung

Die nichtfaschistischen Gewerkschaftsorganisationen genießen keinerlei Mitspracherecht, namentlich in den kleinen Provinzenzentren und auf dem Lande. Die faschistischen Vereinbarungen tragen sich mit der Absicht, nicht allein die Arbeiterorganisationen, sondern sämtliche Organisationen überhaupt zu monopolisieren. Ihrem Programm gemäß sollen alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zu einer einheitlichen Organisation unter faschistischem Banner vereinigt, und gegen alle andere soll mit unerbittlicher Strenge vorgegangen werden.
Die d'Annunzio angeführte Idee der Zusammenfassung aller Gewerkschaftsorganisationen, der faschistischen wie der freigesellschaftlichen, ist in Italien wie außerhalb viel besprochen worden. Der Gewerkschaftsbund hat diese Idee keineswegs feindselig ausgenommen, sondern folgende Motive als Grundlage für einen Verständigungsplan zur Diskussion gestellt:
1. Unbedingte Unabhängigkeit der Gewerkschaften von allen Parteien und Regierungen. 2. Anschluß an die internationalen Berufssekretariate und somit an die *Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale*.
Die Faschisten haben diese Grundlage für eine Einheitsaktion abgelehnt und neuerdings ihre Auffassung bekräftigt, wonach internationalen Organisationen angehörende Gewerkschaften ihrer Meinung nach gegen die Nation und somit gegen das eigene Land gerichtet sind. Der italienische Gewerkschaftsbund macht derzeit zweifellos eine ungemein rasche Krise durch. Wenn auch die lokalen Gewerkschaftsorganisationen augenblicklich ruiniert und geschlagen und die meisten Kampfer verbannt oder gezwungen sind, sich von der Bewegung fernzuhalten, der Gewerkschaftsbund selbst so ohnmächtig ist, um die Arbeiterkraft zu schärfen und zu teilen, so ist die italienische Gewerkschaftszentrale in allem Ungemach gleichwohl der Leuchtturm, dem die Wäde der italienischen Arbeiter zugekehrt sind. Der italienische Gewerkschaftsbund hat einen großen Teil seiner Streitkräfte eingebüßt. Die Reaktion im Verein mit der wirtschaftlichen Krise hat bewirkt, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1921 von 2 500 000 auf 1 200 000 und in dem verfloßenen Jahre auf eine Million zurückgegangen ist.
Welche Richtung wird der Faschismus nunmehr einschlagen? Es ist nicht zu verkennen, daß gewisse Anzeichen auf eine bevorstehende Zerkleinerung dieser widersprüchlichen und so verschiedenartig zusammengesetzten Bewegung deuten. Schon die Tatsache, daß Unternehmer und Arbeiter in einem und demselben Verband beisammen sind, macht einen Konflikt unvermeidlich. Der Faschismus wird vor die Notwendigkeit gestellt werden, sich für die Interessen der Arbeiter einzusetzen, was dies schon heute in vielen Bezirken geschehen ist. Der Volk, der nach altem hin wie ein Granit erschien, zeigt bereits Sprünge und Risse, die sich mit der Zeit vergrößern werden.
Wird die schärfere reaktionäre Tendenz siegen und im Programm der gegenwärtigen Regierung erweiterten Raum einnehmen? Das ist in Anbetracht des starken Einflusses, den sie ausübt, nicht ausgeschlossen.
In diesem Falle aber würde sich die andre Gruppierung im Faschismus, die wirklich geplaut hat, eine Revolution gemacht zu haben, indem sie die alte regierende Klasse beseitigt und an ihre Stelle die neue aus dem Kriege hervorgegangene Generation gesetzt hat, von dem Volk ablassen und sich in der Richtung des Freiheitsideals und der Demokratie orientieren, die der einzige Schutz der zivilisierten Völker und die unerlässliche Bedingung für ihre Entwicklung sind.

Außenhandelsstatistik für Februar
geben wieder einen bedeutenden Einfuhrüberschuß. Der Wert der Einfuhr belief sich auf 446,3 Millionen Goldmark, der Wert der Ausfuhr auf 390,8 Millionen Goldmark. Es ergibt sich also ein Einfuhrüberschuß von 55,5 Millionen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß infolge des Einbruchs in das Ruhrgebiet die ganze Handelsstatistik ungewissermaßen ist. Es ist also möglich, daß in Wirklichkeit die Dinge noch über liegen. In unsern nächsten Zahlungs- und Handelsbilanz liegt die Wurzel des Übels und es ist wichtig an der Zeit, daß mit den von der Regierung angeordneten Beschränkungen der Luxusimporte ernst gemacht wird. Die

starke Vermehrung des Notenumlaufes
die in den letzten Jahren erfolgt ist, war in der Hauptsache auf die schnelle Entwertung unseres Geldes zurückzuführen, die ja auch eine Vermehrung des Geldumlaufes dringend erforderlich. Als in der ersten Hälfte des Jahres 1921 der Dollar ungefähr auf der Höhe von 50 Mark stabil blieb, hat sich auch die Menge des Papiergeldumlaufes nicht wesentlich geändert. Anders war es freilich diesmal, trotzdem seit Mitte Februar bis jetzt die Devisenkurse stabil blieben, nahm in dieser Zeit der Geldumlauf stark zu, was zum großen Teil sicher darauf zurückzuführen war, daß das Reich der Industrie Rheinlands und Westfalens große Summen zur Beschaffung der Rohstoffe und Schuttwaren zur Verfügung stellte. Erst in den letzten Wochen hat sich die Papiergeldvermehrung etwas verlangsamt. In der zweiten Aprilwoche nahm

der Notenumlauf nur um 213,9 Milliarden Mark auf 5887,9 Milliarden Mark zu, der Zunahme war ja größer als in der Vormoche, blieb aber merklich hinter den damaligen Wachstumsraten der vorhergehenden Zeit zurück. Selbst jetzt wieder der Devisenkurs und damit das ganze Preisniveau nach oben, so wird voraussichtlich auch der Notenumlauf wieder in raschem Tempo zunehmen. Der Devisenkurs folgte selbstverständlich sofort ein Steigen der Preise zunächst im Großhandel. Erheblich sind zum Beispiel die Preissteigerungen auf dem Getreidemarkt gemessen. So wurden in Berlin für einen Zentner Weizen am 17. April 51 000 bis 52 000 Mark gezahlt, am 18. April, dem ersten Tag der Kauffe, belief sich der Preis auf 56 000 bis 58 000 M. und am 19. April auf 59 000 bis 61 200 M. Am 20. April allerdings war der Preis wieder auf 58 000 bis 59 000 M. gesunken. Wenn es nicht sehr schnell der Reichsbank gelingt, den Dollarkurs wieder auf etwa 21 000 zu werfen, ist eine neue allgemeine Preiswelle unvermeidlich. Einen Fortschritt von dem Steigen der Preise soll die Frankfurter Wertschreib haben, die in voriger Woche abgehalten wurde, und zwar soll das inländische Geschäft den Löwenanteil am Umsatz getragen haben. Nachdem jetzt mehrere Wochen der Käuferstille angehalten hat, muß sich schließlich auch allmählich wieder ein stärkerer Bedarf geltend machen. Die angebahnte Verbindung zwischen dem

Linde-Hofmann-Angere und der Obersteleische Eisen-Industrie, A.-G. (Caro-Begleichheit)
ist nun zustande gekommen. Von beiden Aufsichtsräten ist der Abschluß einer Interessengemeinschaft beschlossen worden, die nach außen hin durch einen Austausch von Aufsichtsratsstellen und durch Bildung eines gemeinschaftlichen Ausschusses in Erscheinung tritt. Die völlige Verschmelzung beider Unternehmen ist in Aussicht genommen. Durch die Verbindung der beiden Unternehmen wird das nach der Abtrennung von Ostobersteleischen deutsch-berleische Hofmann- und Stahlwerk Juliusbütte mit den größten Mitteln- und Ostdeutschen Stahlwerken und dem überaus bedeutungsvollen, auf deutschem Boden liegenden Steinkohlenbergwerk obersteleischen Eisenerzvereinigt. Die Verfeinerungsbetriebe des Linde-Hofmann-Konzerns, so heißt es in einer offiziellen Verlautbarung, werden durch die Verbindung mit Caro

Haarlose Menschen — ein Zukunftsbild.
Wie die Fäden der Wolken einen sinnigen Streifen bilden, so hat die Natur volles Kopfsaar den Menschen als Schutz verliehen, durch den die Frau begehrenswerter und der Mann als wertvoller gilt. Sollen wir die Zunahme der Wagen und der weitverbreitete Haararmut der Frauen als unabwehrbare Folge unserer Zeit hinnehmen oder gar als Entwicklungssstufe zur Haarlosigkeit, wie ein englischer Gelehrter behauptet?

Gewiß nicht — nachdem, wie auch Univeritätsprofessor Dr. med. Friedenthal anerkennt, Dr. Weidner durch sein Silbitrin Mittel und Wege gemessen hat, wie man wieder sein volles Haarwachstum erlangen und Haarverlust und sonstige Schäden beseitigen kann. Kräftiger Haarwuchs macht um 10 Jahre älter und zum alten Eisen will kein Germanienbegaber werden. Bezüglich der Dr. Weidnerschen Silbitrin-Quartur sei darauf hingewiesen, daß es die Firma übernommen hat, jedem Interessenten kostenlos und postfrei eine Silbitrinprobe und die wertvolle Schrift „Neuer Haarwuchsmittel“ zu übersenden. Schreiben Sie sofort an: Silbitrin-Vertrieb G. m. b. H., Berlin 805, Alexandrinenstraße 29. Denigen Sie der Einfachheit halber den Staatsbezugschein, den Sie als Drucksache in offener Rubrik, das mit Ihrer Abenderadresse versehen ist, einfügen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Fußball-Resultate. Postkappel 1—Röbitau 1; 3 (0:1), Postkappel 2; 3—Röbitau 2; 3. 1:2, Cotta 4—Röbitau 4; 2:3, Deuben 4—Gitterie 4; 2:1, Deuben 5—Cannenberg 2; 4:2, Deuben 3—Virkig 2; 2:1, Deuben 3; 3—Cotta 3; 3; 1, Südwind 3—Röbitau 1; 3:0, 7, Südwind 3; 3—Cottaschilde 1; 3:1, Hebbau 2—Röbitau 2; 3:0, Hebbau 1—Schulz—Gellio 1; 5:0.
Vereine, die noch Karten für den nächsten Monat, müssen dies umgehend mit Spiel-Kr. an Genossen Hoff, Dr. 29, Penntischer Straße 21, melden.
Lebensverein Die Naturfreunde. 1. Bezirk, Ortsgruppe Dresden. 24. April: Jugendabteilung Wiederabend 25. April: Hausabend Sigung im Volkshaus, Zimmer 9, 7 Uhr. — Seldin für Naturkunde. Vortrag mit Lichtbildern: Kauerpiele im Tierreich. Genosse Zimmermann; Volkshaus, Zimmer 5, 7 Uhr. — Kletteraktion. Zusammenkunft in der Frisch-auf-Schänke. — Photosektion. Vortrag in der Dunkelkammer eines Genossen über: Vergrößern und Verkleinern. Treffen 7 1/2 Uhr an der Zwingerbrücke. Nur für Mitglieder. — Volkstanzgruppe. Winterabend für jung und alt. Turnhalle der 9. Volksschule, Georgplatz. Beginn 7 1/2 Uhr. Eltern und Freunde unserer Sache sind herzlich willkommen. — 26. April: Alt- und Friedrictstadt. Ausweiers Weiten. Genosse Wankel. — Reusstadt. Winterabend. — Johannstadt und Striesen. Lesen von Karten und Wanderführern. Karten mitbringen. — Sachsen-Radly. Geleglicher Abend. — Klausen-Röbitau. Heinrich-Heine-Abend. Genosse W. Kirchoff und zwei Genossen. — Cotta und Umgebung. Musik- und gefelliger Abend. — Plauenischer Grund. 27. April: Kletterabend. Genosse W. Kirchoff. — Heideberg-Gohmannsdorf. 24. April: Vorkleinerung für Jugendliche. — Vorstadt. 24. April: Vortrag: Land und Leute Westfalens. Genosse Wagner. — Volkshaus. 26. April: Abendwanderung. 7 1/2 Uhr Rißweg. — Gannewitz. 26. April: Jugendabteilung: Wiederabend. — Röhmsdorf. 24. April: Lichtbilder-vortrag. 8 Uhr Schulstraße. — Friedrict-Gohmannsdorf. 26. April: Vortrag: Ostergebäude. Lehrer Heilicher. — Heideberg. 25. April: Spiel- und Wiederabend.
Arbeiter-Radioklub, Mitgliedchaft Dresden. Ausfahrten, 29. April: Rißdorf, Heideberg, 10 1/2 Uhr. Frisch-auf-Schänke; Cotta, Tagesstour nach Volkshaus, Abf. früh 6 Uhr; Radly. Nachmittagsstour nach dem Gohberg. Abf. 1 Uhr (52 Kilometer); Röbitau, Familienausflug nach dem Windberg, Abf. 2 Uhr, Bierentnahme; Reusstadt, Nachmittagsstour nach Heideberg zum Heideberg, Abf. 2 Uhr vom Heideberg; Striesen-Gohmannsdorf, Abf. 7 Uhr nach der Heidebergstraße; 28. April: Röbitau, Bürgergarten, Gohmannsdorf; 29. April: abends 8 Uhr: Radly, Korfbühnenfahrten an der Paulstraße, anst. 7 1/2 Uhr Zusammenkunft; 29. April, nachm. 2 Uhr, beginnt der Schiedsrichterkurs, Sammeln 1 1/2 Uhr, Frisch-auf-Schänke. Die Genossen werden ersucht, Quartiere für diesen Abend zur Verfügung zu stellen.
Am 22. April wurde die Abt. Weidnerschaft der Straßenwehlfahrer auf der Straße Anstaltung—Deuben—Weid—Anstaltung ausgefahren. Alle Fahrer waren erschienen, nur Leuben nicht. Abteilungsmeister wurde in der guten Zeit (aufgeweichter Boden) Genosse Förster mit 20 1/2 Min., 2 Kurts 20 1/2, 3. Dittus 20 1/2, 4. Mohaupt 20 1/2, Min., dann folgen Tuschel, Rittler, Pinter, Schenk, Kofke und Wühle. Rächtes Rennen: 18. Mai, Verbißdorf—Moritzburg—Heideberg (Weidelschleichen). Meldefrist: Sommerstraße 17, bei Schelle.

Statistisches: Für eine Probe Silbitrin und die Schrift „Neuer Haarwuchsmittel“.